

Die Macht liegt im Kleinen

Warum die Mikrosteuer-Initiative sehr wohl Unterstützung verdient

von Martin Neff, Chefökonom Raiffeisen

Im Jahre 1990 befand sich die Welt an der Schwelle zur Globalisierung.

Der Wert aller weltweit hergestellten Güter und Dienstleistungen betrug damals etwa 22 Billionen Dollar (USD). Es wurden Aktien und Bonds in der Höhe von 9 Billionen USD jährlich gehandelt, für etwa 2 Billionen USD ausserbörsliche Finanzderivate, und das Volumen der Devisengeschäfte belief sich auf 147 Billionen USD. Knapp 30 Jahre später, im Jahre 2018, betrug der Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen 75 Billionen USD. Im selben Jahr wurden für 162 Billionen USD Aktien oder Bonds, für 602 Billionen USD Devisen und für sage und schreibe 1250 Billionen USD Finanzderivate (ausserbörslich) gehandelt. Einer knappen Verdreieinhalb-fachung der realen Wirtschaftsleistung in gut dreissig Jahren steht demnach eine beinahe Verzwanzigfachung des Aktien- und Bondhandels gegenüber. Und: Es werden heute wohl 800mal mehr Finanzderivate (inklusive Fremdwährungsoptionen) umgeschlagen als 1990. Was die Finanzmärkte da hingelegt haben, nennt sich exponentielles Wachstum. Die Realwirtschaft blieb verglichen damit wachstumsmässig förmlich auf der Strecke.

Natürlich ist nicht alles, was an den Finanzmärkten in den letzten drei Dekaden für das exorbitante Wachstum sorgte, rein spekulativer Natur. Die fortschreitende internationale Arbeitsteilung und die damit zunehmenden grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsströme führen automatisch auch zu mehr Transaktionen an den Devisenmärkten und einem erhöhten Bedarf an Termin- und Absicherungsgeschäften mit derivativen Finanzinstrumenten. Aber der Markt für Finanzderivate hat dermassen abgehoben, dass nur die eine Schlussfolgerung bleibt: Der Grossteil dessen, was heute an derivativen Produkten gehandelt wird, hat mit der Realwirtschaft wenig oder gar nichts mehr zu tun. Die Globalisierung und die Tatsache, dass Kapital im Vergleich zum immobilen Boden und dem eher trägen Faktor Arbeit der «schnellste und mobilste» Produktionsfaktor überhaupt ist, haben zwar auch etwas

zum Wohlstand der Welt beigetragen. Hauptsächlich haben sie aber das grösste Casino der Weltgeschichte entstehen lassen, wo die wildesten Wetten abgeschlossen werden und die, die es haben oder denen es gegeben wird, um Einsätze spielen, welche das X-fache der realen Wirtschaftsleistung, also der Löhne und Gewinne ausmachen.

Corona einmal ausgenommen, wurden sämtliche Rezessionen seit den neunziger Jahren stets durch spekulativ bedingte Finanzmarktcrashes ausgelöst und nicht durch «klassische» Konjunkturüberhitzungen, wie unsere Eltern sie vielleicht noch kannten. Die Finanzmärkte degenerierten im Globalisierungszeitalter zu einem Hort wirtschaftlicher Instabilitäten, weil dort der schnelle Profit über das Wohl der Gemeinschaft gestellt wurde, Geld nicht mehr investiert, sondern damit oft nur noch spekuliert wurde – mit mannigfachen Multiplikatoren. Angesichts des dargestellten Zahlengerüsts stelle ich mir seit geraumer Zeit die Frage, wieso die weltweite Steuerpraxis immer noch «lediglich» die Realwirtschaft anzapft, anstatt sich da zu bedienen, wo richtig viel Geld fliesst. Und angesichts der steigenden Schuldenlast der Industrienationen stelle ich mir die Frage, wieso diese seit Jahren nur so halbherzig über eine Finanzmarkttransaktionssteuer diskutieren, wenn überhaupt.

Wir Schweizer sind da schon etwas weiter, direkter Demokratie sei Dank, und haben die sogenannte Mikrosteuer-Initiative. Die ist zweifellos revolutionär, so revolutionär, dass sie wahrscheinlich scheitern wird, weil sie zu früh kommt und die üblichen eidgenössischen Abwehrreflexe mobilisiert, vor allem wenn es mal wirklich um einen Alleingang geht. Wirtschaftslobby, Bundesrat und einige «namhafte» Professoren fertigen das Unterfangen mehr oder weniger als «Furz» ab. Ich persönlich kann der Idee indes einiges abgewinnen. Steuertheoretisch ist es effizienter, ein grosses Substrat wie Finanzmarkttransaktionen mit einem kleinen Satz anzuzapfen, als ein kleines Substrat wie Einkommen und Gewinne mit einem grossen Satz. Das steht wis-

senschaftlich eigentlich ausser Frage. Wenn dieses riesige Substrat auch noch exponentiell wächst, dann könnte es doch durchaus auch die neue Steuerbasis der Zukunft bilden. Warum also nicht darüber nachdenken?

Würde man in der Schweiz beispielsweise die Zahlungsströme in Höhe von 40 Billionen CHF, welche dem SIC (Swiss Interbanking Clearing) unterliegen, mit gerade mal 0,05% besteuern, so würde dies fast 20 Milliarden CHF Steuereinnahmen generieren, fast so viel wie die gesamte Mehrwertsteuer heute. Private Haushalte würde ein Wegfall der Mehrwertsteuer spürbar entlasten, und die Mikrosteuer täte ihnen nicht sehr weh. Wieso fertigen so viele das Unterfangen dennoch als Spinnerie ab? Nicht wenige Innovationen der letzten Jahrhunderte waren oder sind Swiss Made. Während andere hadern und debattier(t)en, setzen wir es um. Die Finanzmarkttransaktionssteuer wird früher oder später kommen, das steht für mich ausser Frage, denn die Schulden der Staaten explodieren, und ihre Steuerquellen verstiegen. Joe Biden möchte die Unternehmen stärker zur Kasse bitten, die EU die Internetkonzerne, China die Mitbürger, alle suchen verzweifelt nach neuen potentiellen Einnahmequellen, doch im immer selben Grund. Warum nicht mal im Casino suchen? Gestern wurden für fast 48 Milliarden USD Bitcoin gehandelt, für 113 Milliarden USD Tether – das ist mehr als das Doppelte der Marktkapitalisierung dieser Kryptowährung – und für 40 Milliarden USD Ethereum – ohne realwirtschaftliches Motiv, pure Spekulation. Ein halbes Prozent allein davon wären schon gut 500 Millionen USD, täglich notabene, und es gibt ja noch mehr Kryptowährungen geschweige denn Milliarden anderer Finanzmarkttransaktionen. Kretthi und Plethi könnten einen kleinen Obulus darauf wohl verschmerzen, Finanzhyänen sowieso. Es bliebe gar noch etwas übrig, die steuerlich zu entlasten, die seit Generationen den Hauptharst tragen. So dumm ist die Idee der Mikrosteuer also ganz und gar nicht. •

Quelle: Raiffeisen Economic Research; economic-research@raiffeisen.ch vom 26.5.2021

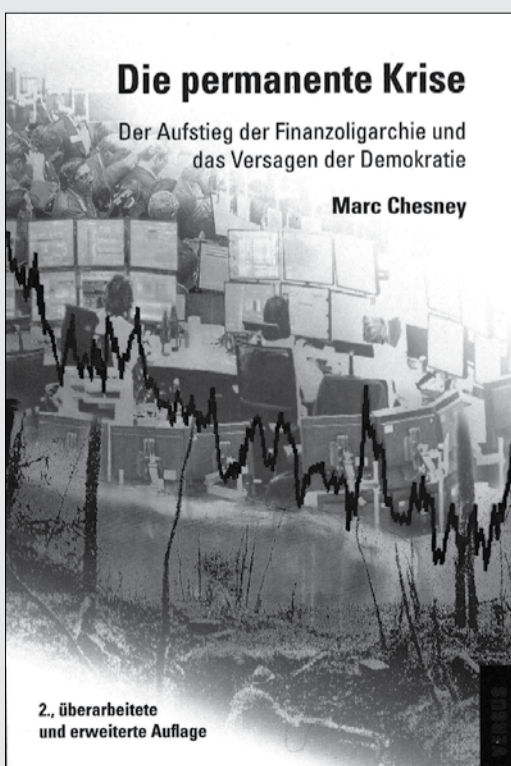
Ein erfreulich gutes Zeichen

gl. Dass Martin Neff, der Chefökonom von Raiffeisen, die Mikrosteuer-Initiative* unterstützt, ist aus verschiedenen Gründen bemerkenswert und erfreulich. Die Raiffeisenbank hat schwierige Jahre hinter sich. Wenn ihr Chefökonom heute die Entwicklung auf den Finanzmärkten so deutlich kritisiert – «Die Finanzmärkte degenerierten im Globalisierungszeitalter zu einem Hort wirtschaftlicher Instabilitäten, weil dort der schnelle Profit über das Wohl der Gemeinschaft gestellt wird» –, ist das ein gutes Zeichen für die Rückkehr der Raiffeisenbank zu einer echten Genossenschaftsbank mit traditionellen genossenschaftlichen Werten.

Für Neff steht ausser Frage, dass eine Finanzmarkttransaktionssteuer früher oder später kommen wird. Sie sei zwar revolutionär, aber die Schweiz sei eben schon immer innovativ gewesen. Der Gedanke einer solchen Steuer ist nicht neu, es hat schon verschiedene Überlegungen in diese Richtung gegeben. Bisher ist es jedoch nicht gelungen, einen grösseren Teil der Bevölkerung für die Idee zu gewinnen, vielleicht, weil das Ohnmachtsgefühl gegenüber dem Finanzsektor und die Scheu, sich mit wirtschaftlichen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, weit verbreitet sind. Inzwischen könnte die Zeit jedoch reif sein. Die Exzesse des sogenannten Finanzcasinos sind heute allgemein bekannt. Die Allgemeinheit an den schier unglaublichen Geldsummen, die verspekuliert werden, mit einem kleinen Steuersatz zu beteiligen, ist durchaus kein abwegiger Gedanke. Dank der direkten Demokratie haben die Bürger der Schweiz Volksrechte, die sich weltweit viele Menschen wünschen, und sie können auch bei Steuerfragen Initiativen ergreifen und darüber abstimmen. Zum Wohle aller: lieber früher als später. •

* Die Initiative wurde in Zeit-Fragen Nr. 11 vom 18. Mai 2021 ausführlich vorgestellt. Sie sieht die Einführung einer geringfügigen Steuer von 0,1% bis höchstens 0,5% auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr vor. Diese soll die Mehrwertsteuer, die direkte Bundessteuer und die Stempelsteuer ersetzen. Die Sammelfrist läuft am 5. November 2021 ab.

Marc Chesney: Die permanente Krise. Der Aufstieg der Finanzoligarchie und das Versagen der Demokratie



«Der Titel dieses Buches überrascht vielleicht. Von einer ständigen Krise zu sprechen, während in den Medien sehr häufig vom Wiederaufleben des Wirtschaftswachstums die Rede ist, scheint paradox. Dass dieses Wirtschaftswachstum vor allem auf einer Explosion der weltweiten Schulden basiert und deswegen künstlich ist, wird nicht erwähnt. Kursanstiege an den Börsen werden durch die Zentralbanken erzeugt, die astronomische Summen in den Finanzsektor einschiessen, sowie durch die riesigen Aktienrückkäufe von grossen Unternehmen. Der Finanzsektor koppelt sich zunehmend nicht nur von der Realwirtschaft ab, sondern dominiert auch die Volkswirtschaft und die Gesellschaft. Eine zentrale Rolle spielen in diesem Prozess die Grossbanken und spekulativen Fonds.

Marc Chesney zeigt Auswege, die weder auf deregulierten Märkten noch auf einem Staat, der die Wirtschaft kontrolliert und lenkt und die Individuen überwacht, basieren. Seine Lösungen setzen auf aktive Bürgerinnen und Bürger, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.» (Umschlagrückseite)

«Die Finanzkaste schöpft astronomische Summen aus der Realwirtschaft ab. Im Rahmen der Kasino-Finanzwirtschaft, die jeglicher selbstreklamierten Unternehmerlogik widerspricht, zirkulieren Gelder immer schneller, mit zweifelhaften Werten auf den Zahlungsausfall oder Konkurs von Unternehmen, Banken oder Staaten. So werden die klassischen, der Wirtschaft immanenten Finanzgeschäfte in den Hintergrund gedrängt. Charakteristisch für diese Werten ist, dass sie häufig unter Abwälzung der Risiken auf den Rest der Gesellschaft erfolgen. Manche Finanzinstitute, die als «too big to fail» bezeichnet werden, haben es nämlich geschafft, eine kritische Grösse und einen gewissen Vernetzungsgrad im Wirtschafts- und Finanzgefüge zu erreichen; bei diesen Finanzinstituten ist es der Staat und letztendlich der Steuerzahler, die Rentnerin, die Kundin und der Arbeitslose, der oder die für die Risiken aufkommen und im Verlustfall die Zeche zahlen. Diese finanzdurchdrungene Wirtschaft schwächt und erpresst in grossem Umfang unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Gefüge.» (S. 28f.)

«Letzten Endes verlangt die Umsetzung all dieser hier vorgeschlagenen Massnahmen von Bürgern und Politikern die Fähigkeit der Analyse, den Willen, wirkliche Lösungen zu suchen und ... viel Mut. Der Autor ist sich vollkommen bewusst, was die Verwirklichung dieser Massnahmen bedeutet, im Hinblick auf die notwendigen Anstrengungen, auf die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt, und auf die Zeit, die sie in Anspruch nehmen wird. Es ist vorrangig, um nicht zu sagen dringend nötig, die Gesellschaft aus der Sackgasse herauszuführen. Paradoxerweise wird aber nichts in diese Richtung unternommen. In letzter Konsequenz handelt es sich um eine Entscheidung, wie die Gesellschaft aussehen soll, in der wir leben wollen. Es geht um die Wahl zwischen der Diktatur des Finanzsektors und einer Demokratie, in der die Bürgerinnen und Bürger ihre Zukunft selber in die Hand nehmen. Wir tragen eine Verantwortung gegenüber den heutigen und künftigen Generationen, die ein unveräusserliches Recht auf ein Leben in Würde und Anstand haben, auf ein Leben in einer verantwortungsbewussten und zivilisierten Gesellschaft.» (S. 133)

«Ein Neuanfang, ein neues Kapitel in der Geschichte der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU»

Und was drumherum am Köcheln ist

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Der Entscheid des Bundesrates, die Verhandlungen mit Brüssel abzubrechen, hat die Schweizer EU-Turbos in Trab gesetzt. Seit abzusehen war, dass der Luftballon des Rahmenvertrags als Vorstufe zum EU-Beitritt platzen würde, melden sie sich lautstark mit bizarren Forderungen und Aktionen.

Unbeeindruckt davon hat der Bundesrat seinen Entscheid, die Verhandlungen abzubrechen, in seiner Medienmitteilung und an der Medienkonferenz vom 26. Mai überzeugend begründet und ist den provokativen Fragen der Journalisten aufrecht und gelassen entgegengetreten.

Es sind immer dieselben paar Leute und Organisationen, welche die Schweiz am liebsten schon längst als EU-Mitgliedsstaat sähen. Dazu gehören einige Hochschuldozenten wie Thomas Cottier, dem das Staatsverständnis der Schweizer offensichtlich nicht in den Kram passt: «In der Schweiz hat man von links bis rechts ein sehr konservatives, nationales Verständnis von Souveränität, das auf Selbstbestimmung, Autonomie und teilweise gar Autarkie gerichtet ist. Jede internationale Verpflichtung wird als Verlust von Souveränität betrachtet [...]» Wie sonst soll man denn Souveränität definieren? Lediglich dem letzten Satz ist vehement zu widersprechen: So egoistisch sind wir Schweizer nicht! Die Verpflichtung der Schweiz in bezug auf das IKRK und die Genfer Konventionen, die Entwicklungszusammenarbeit und das Angebot der Guten Dienste – um einige der wichtigsten Bereiche der Schweizer Aussenpolitik zu nennen – sind geradezu Teil der Schweizer Souveränität.

Bundesrat: Weiterführung der bewährten bilateralen Zusammenarbeit liegt im beidseitigen Interesse

Weil die meisten Schweizer noch wissen, was Souveränität bedeutet, herrscht in breiten Kreisen der Bevölkerung Erleichterung über den Entscheid des Bundesrates, das Experiment Rahmenabkommen zu beenden. Derweil behaupten die Befürworter einer engeren Einbindung in die EU, der Abbruch sei ein Zeichen der Schwäche, der Bundesrat habe keinen Plan, wie er «die bilateralen Verträge retten» wolle, und Ähnliches.

Wer die Medienmitteilung des Bundesrates vom 26. Mai gelesen und die eineinhalbstündige Medienkonferenz vom selben Tag gehört hat, erhält einen ganz anderen Eindruck: Als Landesregierung hinzustehen und festzuhalten, dass es in den jahrelangen Verhandlungen nicht gelungen ist, einen Vertrag zu erzielen, der nicht nur für Brüssel, sondern auch für die Schweiz von Vorteil ist, ist nicht ohne.

In seiner Medienmitteilung hält der Bundesrat fest, dass die Schweiz sich durchaus auf Augenhöhe mit der EU stellen kann: «Aus Sicht des Bundesrates liegt es im gemeinsamen Interesse der Schweiz und der EU, trotz des Nichtzustandekommens des InstA die bewährte bilaterale Zusammenarbeit weiterzuführen. Diese Zusammenarbeit gründet unter anderem auf über 100 bilateralen Verträgen. Die Europäische Union ist mit ihren 27 Mitgliedsstaaten die bedeutendste Partnerin der Schweiz. Umgekehrt ist die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner für die EU: Nummer 4 beim Warenhandel, Nummer 3 bei den Dienstleistungen und Nummer 2 bei den In-

vestitionen. Hinzu kommt ein Handelsbilanzüberschuss der EU in zweistelliger Milliardenhöhe. 1,4 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger leben in der Schweiz. Dazu kommen etwa 340 000 Grenzgänger aus der EU [...]»²

Nach diesen und weiteren allgemeinverständlichen Darlegungen auch in der Medienkonferenz vom 26. Mai stellten sich Bundespräsident Guy Parmelin, Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis den mehrheitlich provokativen Fragen der Journalisten mit Gelassenheit.³

Nein, der heutige Tag sei kein «mercredi noir», antwortete Bundespräsident Parmelin einem Journalisten: «Wir stehen in einem Neuanfang, einem neuen Kapitel in der Geschichte unserer Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU.» Der Bundesrat werde sich im beidseitigen Interesse für die Aktualisierung der bestehenden Abkommen einsetzen. «Zur Abfederung negativer Konsequenzen hat der Bundesrat seit längerer Zeit begonnen, Auffangmassnahmen zu planen und teilweise umzusetzen.» So habe der Bundesrat im Bereich der Medizinprodukte «für den Fall der Nichtaktualisierung des entsprechenden Kapitels des MRA [Abkommen über die technischen Handelshemmnisse] bereits unilaterale Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und der Marktüberwachung beschlossen».

Mit Kosteneinschätzungen ist es so eine Sache – Schweizer Modell besteht auch größere Stürme

Ganz allgemein bemerkte Bundesrat Cassis zu den enormen volkswirtschaftlichen Schät-

den, mit denen vor allem der Wirtschaftsverband *economiesuisse* seit Jahren für den Fall eines Scheiterns des Rahmenvertrags operiert: «Die Vergangenheit hat uns gezeigt, dass die Kosteneinschätzungen oft eine reine Alibi-Übung sind, und der Bundesrat hat sich sehr oft getäuscht.» Guy Parmelin verwies als Beispiel auf die Prognosen zur Zuwanderung vor dem Abschluss des Personenfreizügigkeitsabkommens (Bilaterale I): «Laut den Einschätzungen verschiedener Experten waren es maximal acht- bis zehntausend Personen jährliche Nettozuwanderung in die Schweiz. Heute sehen wir, wo wir tatsächlich stehen.» [bis zu zehnmehr pro Jahr]. – Ein Journalist beharrte darauf, das *Seco* (Bundesamt für Wirtschaft) habe einmal «eine Spannweite von rund 400 bis 600 Milliarden Franken bis 2035 ausgerechnet», falls die Bilateralen wegfallen würden. Dazu Bundespräsident Parmelin: «Es ist extrem schwierig, die Kosten einzuschätzen, denen die Schweiz unterworfen wäre. Ein Beispiel: die Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz, wo wir pragmatische Lösungen finden mussten und sie gefunden haben. Damals wurden die Folgen dramatisiert.»

Und wie! Wenn die düsteren Prognosen tagtäglich in der Zeitung stehen, prägt sich das in den Hirnzellen ein – ausser wir lassen uns nicht vom Denken abhalten. Ein phänomenales Erlebnis, das im Gedächtnis der meisten Schweizer haften blieb, sind die desaströsen Prophezeiungen vor der Abstimmung

Fortsetzung auf Seite 3

Nach dem Abbruch der Verhandlungen mit Brüssel: Was nun?

Podiumsdiskussion in der 51. Konferenz der «Progress Foundation» am 31. Mai 2021 im Zunfthaus zur Meisen in Zürich (Auszüge)

mw. In den Mainstream-Medien kommen – wenig überraschend – vor allem die Kritiker des Bundesratsentscheides zu Wort. Aber damit lässt sich die mehrheitlich demokratische und freiheitliche Gesinnung im Volk nicht zum Schweigen bringen. Zufälligerweise hielt wenige Tage nach dem Entscheid vom 26. Mai die «Progress Foundation» in Zürich eine Konferenz zum Thema «Souveränität von unten. Die Schweiz im internationalen Umfeld» ab, mit Referaten von Dr. h.c. Beat Kappeler und Prof. Oliver Zimmer. Es versteht sich von selbst, dass ein Teil der anschließenden Podiumsdiskussion dem gescheiterten Rahmenabkommen beziehungsweise der Frage: «Was nun?» gewidmet war. Die Podiumsteilnehmer (die beiden Referenten sowie Stiftungspräsident Dr. Gerhard Schwarz und NZZ-Inlandredaktorin Katharina Fontana) standen alle auf sicheren Füßen.

Gesprächsleiter Mark Dittli beginnt die Diskussion zum Konferenzthema («Souveränität von unten. Die Schweiz im internationalen Umfeld») aus aktuellem Anlass mit dem Entscheid des Bundesrates vom 26. Mai, die Verhandlungen zum Rahmenabkommen abzubrechen. Seine Frage an die Podiumsteilnehmer: «Was nun?»

Wieder miteinander reden und herausfinden, wo es Kooperationsmöglichkeiten gibt

Katharina Fontana war erleichtert über den Entscheid: «Dieses Wehklagen in den Medien teile ich nicht. [...] Ich kann mir nicht vorstellen, dass die EU auf längere Zeit quasi gegen ihre eigenen Interessen antritt. [...] Ich bin optimistisch.»

Gerhard Schwarz: «In einem liberalen Staat ist das Nein-Sagen oft wichtiger als immer nur zu sagen, was man alles machen müsste. [...] Aus meiner Sicht war der Fehler nicht jetzt der Abbruch, sondern der Fehler war, sieben Jahre lang verhandelt zu haben, ohne sich überlegt zu haben, was man eigentlich genau will. Damit bin ich bei unserem Thema, nämlich was für ein Staatsverständnis wir in der Schweiz haben und wie sehr das kompatibel ist mit dem Staatsverständnis



Zunfthaus zur Meisen in Zürich (daneben die Fraumünsterkirche). Hier fand am 31. Mai 2021 die 51. Konferenz der Progress Foundation statt zum Thema «Souveränität von unten. Die Schweiz im internationalen Umfeld». (Bild Wikimedia commons)

nis der Nachbarstaaten und mit dem Staatsverständnis der EU, die zwar immer von sich behauptet, sie sei ein Gebilde sui generis, aber eigentlich permanent auf dem Weg ist hin zu einem eigenen Superstaat. Was nun? heisst: Ein bisschen ruhig werden, nicht hyperventilieren und vor allem wieder miteinander reden und herausfinden, wo es Möglichkeiten der Kooperation und der Verträge gibt und wo es sie eben nicht gibt.»

Die Nerven nicht verlieren und die Situation aussitzen – es ist ja nichts passiert!

Beat Kappeler: «Ich glaube, es ist für Politiker etwas vom Schwersten, eine hängende Situation auszusetzen. Medien und Politiker verlangen immer sofort Griffe, an denen man ziehen und wieder etwas instradieren [auf den Weg bringen] kann. Ich glaube, das muss jetzt einmal einfach ausgesessen werden. Ich würde noch weitergehen und sagen: Es ist ja nichts passiert. Die Bilateralen sind vorderhand wahrscheinlich auf längere Sicht im Gang. Das Freihandelsabkom-

men [von 1972] muss nicht neu ausgehandelt werden, wie das Rahmenabkommen es verlangt hätte. [...] Was jetzt passieren wird, wenn die Schweizer und die *economiesuisse* nicht die Nerven verlieren und signalisieren: Wir wollen auf jeden Fall, auf jeden Fall, irgend etwas, dann wird sich wahrscheinlich die EU entweder mit kleinen Nadelstichen melden oder mit durchaus fundamentalen Anliegen: Hier sollte man etwas regeln, da sollte man etwas regeln. Dann kann man darauf eintreten. [...]

Also: Die Nerven nicht verlieren und auf den Zusagen beharren, die wir nun in 40, 50 Jahren mit der EU errungen haben, und weiterbauen. Und den Anteil in unseren Aussenbeziehungen ausserhalb Europas weiter stark ausbauen, sei es mit Freihandelsabkommen, sei es mit tatsächlicher Exporttätigkeit. Wir haben den Anteil der Exporte nach Amerika in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt, wir haben den Aussenhandel mit Asien unglaublich gestärkt [...]. Da können wir noch weiter zulegen.»

Erfahrungen mit dem Brexit: Das Abweichen von der europäischen Norm aushalten

Oliver Zimmer: «In der Politik kommt es irgendwann zu einem Entscheid, wo man Nein oder Ja sagt. Jeder Wissenschaftler weiss: Das Nein-Sagen ist etwas völlig Natürliches, das ist keine negative Kraft. Das zu vermitteln ist wichtig. Die Vorstellung, dass sich die Schweiz quasi eint und man dann plötzlich einen Konsens hat, ist, glaube ich, eine Illusion. Ich glaube, diese Spaltung wird ein Stück weit bleiben. Was ich wichtig finde, ist, dass man das aushält, dass man dieses Abweichen – es ist ja eine Devianz in Europa, die Schweiz und Grossbritannien, es gibt ja sonst keine anderen Gemeinwesen, die sich auf diese Weise abgesetzt haben – kommuniziert, innerhalb des Landes und gegen ausser: Damit ist keine Negativität verbunden.»

Robuster werden gegen den medialen Kulturkampf

Oliver Zimmer: «Ich habe während der Jahre des Brexit die Berichterstattung in den Medien erlebt. Von A bis Z, über Jahre hinweg, wurde Grossbritannien, zumal in den deutschsprachigen Medien, lächerlich gemacht, auf eine Art, wie ich es nie erwartet hätte von Qualitätsblättern. Ich glaube, das muss man aushalten können, als Bürger oder als Politiker. Es braucht mehr Robustheit. Allein die Medienkampagne, die ich verfolgt habe – wenn da eine Labilität gewesen wäre auf seiten der britischen Regierung, dann hätte man sofort den Entscheid ändern müssen. Es war ein medialer Kulturkampf. Die Meinungen waren zu 80 Prozent, dass die Briten unmögliche Insulaner sind. Ich glaube, da muss man ein bisschen robuster werden.»

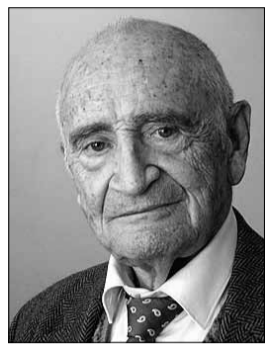
Podiumsteilnehmer:

Prof. Oliver Zimmer, Universität Oxford; Dr. h.c. Beat Kappeler, langjähriger Generalsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB; Dr. Katharina Fontana, Inlandredaktorin der «Neuen Zürcher Zeitung»; Dr. Gerhard Schwarz, Präsident des Stiftungsrates der «Progress Foundation»; Leitung: Mark Dittli, Chefredaktor *The Market*
Quelle: Videoaufzeichnung der Podiumsdiskussion unter https://www.progress-foundation.ch/de/economic_conference/61

Rahmenabkommen passte nicht zur Neutralitätspraxis der Schweiz

Brief an einen Freund, der in der EU eine hohe Funktion innehat

von Ivo Rens, Honorarprofessor Juristische Fakultät, Universität Genf*



Ivo Rens
(Bild zvg)

Lieber Freund

Ich habe Ihr Schreiben vom 3. Juni erhalten, in dem Sie Ihre Überraschung darüber zum Ausdruck bringen, dass die Schweiz ihre Verhandlungen über den Entwurf des Rahmenabkommens, das seit Jahren zwischen ihr und der Europäischen Union ausgehandelt worden war, aufgegeben hat. Als treuer Leser der Schweizer Zeitung «Le Temps» ist man geneigt, ihre Einschätzung zu übernehmen, dass der Bundesrat einen rie-

sigen Fehler gemacht hat, indem er nicht nur seine Verhandlungspartner seit 2013 de facto desavouiert hat, sondern auch sich selbst für diesen Zeitraum desavouiert hat.

Zweifelsohne wurden bei diesen Verhandlungen von den Schweizer Unterhändlern Fehler gemacht, und eines Tages wird Licht auf die wirklichen Verantwortlichen für diese Fehler fallen müssen, wahrscheinlich unter den Bundesräten, die sich in Bern in der Aussenpolitik abgelöst haben. Aber ich habe den Eindruck, dass auch die EU-Verhandlungsführer Fehler gemacht haben, indem sie durch einen Griff in die juristische Trickkiste erreicht haben, dass der Gerichtshof der Europäischen Union zum ultimativen Schiedsrichter von Streitigkeiten würde, die zwischen den Parteien entstehen können. Damit war der Entwurf des Rahmenabkommens eine Falle für die Schweizer Souveränität.

Die Unterhändler der Europäischen Union scheinen nicht alle Konsequenzen dieses Aushebelns abgemessen zu haben. Ich denke dabei nicht nur an die programmierte Marginalisierung der in der Schweiz praktizierten Institutionen der halbdirekten Demokratie, sondern vor allem an die internationalen

Folgen des Verschwindens einer völkerrechtlich einmaligen Neutralitätspraxis, die dazu geführt hat, dass die Schweiz von Joe Biden und Wladimir Putin ausgewählt wurde, um sich am 16. Juni auf ihrem Boden zu treffen, wie so viele andere Vertreter von Staaten, die sich in einem Konflikt oder in einer Zwickmühle befanden, und dies immer wieder seit dem Zweiten Weltkrieg. Der internationale Status dieser Neutralität ist mit der Souveränität der Schweizerischen Eidgenossenschaft wesentlich verbunden.

Es gibt eine Konsequenz dieses Projekts, die praktisch nie an die Öffentlichkeit gebracht wurde, nämlich die fortschreitende Zerstückelung des internationalen Charakters von Genf, die das programmierte Verschwinden der schweizerischen Neutralität, die von der schweizerischen Souveränität abhängt, letztendlich nach sich ziehen wird. Natürlich würden nicht alle internationalen Institutionen von heute auf morgen aus Genf verschwinden, und vielleicht sind einige, wie das IKRK, noch da. Aber andere Städte auf der Welt würden schnell ihre internationalen Ansprüche und sogar ihre Vorteile geltend machen, wie zum Beispiel Singapur.

Singapur hat den Vorteil, in einer Region der Welt zu liegen, die wirtschaftlich und politisch boomt und in kultureller Osmose mit dem chinesischen Riesen steht, dem es nicht unterworfen ist. Ist es für die Europäische Union auch im kulturellen und geopolitischen Bereich ohne Bedeutung, wenn beispielsweise Singapur das internationale Genf ersetzt? Meines Erachtens verdient es diese Frage zumindest, von den Führungsgremien der Europäischen Union gestellt und erörtert zu werden, was meines Wissens nicht der Fall gewesen ist.

Dies also einige meiner Gedanken zur klugen Entscheidung von Bern, den Entwurf des Rahmenabkommens mit der Europäischen Union aufzugeben. Natürlich ist es für die Schweiz und die Europäische Union wichtig, ihre zahllosen wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zu sichern, indem sie einen neuen, für beide Seiten akzeptablen Modus vivendi finden, es müsste dann aber einer sein ohne Fallstricke und Hintergedanken (*sans escobarderie*)!

Beste Wünsche
Ivo Rens

(Übersetzung Zeit-Fragen)

* Prof. Dr. Ivo Rens, Honorarprofessor der Universität Genf i.R., war bis zu seiner Emeritierung ordentlicher Professor an der Universität Genf. Er lehrte, neben weiteren internationalen Lehraufträgen, an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne und an der Pariser Sorbonne. In den sechziger Jahren war er Berater für Verfassungsfragen für den belgischen Vize-Ministerpräsidenten Paul-Henri Spaak, einen der Väter des vereinten Europas.

Verhandlungsabbruch ist ein über Jahre gereifter Entschluss

Interview mit Dr. Gerhard Schwarz*

Am Rande der 51. Economic Conference der «Progress Foundation», die am 31. Mai in Zürich stattfand und dem Thema «Souveränität von unten» gewidmet war, ergab sich die Gelegenheit, dem Präsidenten des Stiftungsrates und Leiter der Konferenz, Dr. Gerhard Schwarz, Fragen zu stellen, die sich im Verlauf der Podiumsdiskussion entwickelt hatten.

Zeit-Fragen: Die Schweiz ist ein gewichtiger wirtschaftlicher Partner für die EU, ausserdem ist sie finanziell höchst attraktiv. Warum soll die Schweiz also nicht vorschlagen, dass die EU die Anpassung der Bilateralen Verträge an die Entwicklungen der EU-Regelungen zulässt, soweit sie für uns adäquat sind? Im Gegenzug könnten wir jährlich zum Beispiel 500 Millionen Franken für ausgewählte Projekte im Rahmen des Kohäsionsfonds bei-

tragen. Falls die EU wieder zu willkürlichen Nadelstichen griffe, würden wir die Zahlungen aussetzen (wie es das Parlament vor einiger Zeit getan hat). Wie sehen Sie das?

Gerhard Schwarz: Die Frage erkennt, dass der Binnenmarkt nie nur ein ökonomisches, sondern immer auch ein politisches Projekt war. Deswegen hat die EU Mühe mit solchen A-la-carte-Ansätzen, die von ihr als Rosinenpicken interpretiert werden. Die Guillotine-Klausel, die verhindern soll, dass nur einzelne Verträge des gesamten Pakets gekündigt werden, ist ein Ausfluss dieser Geisteshaltung. Ich plädiere eher für eine einseitige Anwendung des sogenannten «Cassis de Dijon»-Prinzips bei den technischen Normen und Standards: Produkte, die in der EU zugelassen sind, sollten ohne weiteres auch bei uns zugelassen werden, da wir davon ausgehen können, dass die EU ihre Bürgerin-

nen und Bürger nicht weniger und schlechter schützt als wir. Die Kohäsionszahlungen würde ich keinesfalls als Preis für irgendwelche spezifischen Gegenleistungen der EU verstehen wollen, sonst weckt das Begehrlichkeiten. Jedes Mal, wenn wir etwas von der EU möchten, verlangt sie dann eine Aufstokkung dieser Zahlungen. Ich halte diese Zahlungen für eine Art Abgeltung für den generellen Nutzen, den wir von der EU haben, von ihrer Zusammenarbeit, von ihrer Stabilisierungsfunktion in Europa usw.

Sorge bereitet vielen Schweizern momentan nicht in erster Linie die zu erwartende Reaktion der EU, sondern die massive Gegenkampagne gegen den Verhandlungsabbruch im Inland. Haben Sie hier eine Perspektive? Ja, die beleidigte und trotzige Reaktion entspricht nicht gerade schweizerischen Ge-

pflogenheiten nach Entscheiden von dieser Tragweite. Die gleichen Leute, die sich – mit Recht, wie ich meine – über die grotesk langen Verhandlungen beklagen, tun so, als ob dieser Entscheid ein überstürzter Bauchentscheid gewesen wäre. Es ist im Gegenteil ein über Jahre gereifter Entschluss. Und es sollen fünf Bundesräte aus drei Parteien für den Abbruch gewesen sein. Angesichts dieser Breite hoffe ich also auf eine gewisse Souveränität der «Verlierer» und auf ihr konstruktives Mitwirken an einem breit abgestützten Fitness-Programm für die Schweiz.

* Dr. Gerhard Schwarz war ab 1981 Mitglied der Wirtschaftsredaktion der «Neuen Zürcher Zeitung», 1994–2010 deren Leiter. Von 2010–2016 war er Direktor des Think tank *Avenir Suisse*, Zürich, und von 1989–2014 Lehrbeauftragter an der Universität Zürich.

«Ein Neuanfang, ein neues Kapitel ...»

Fortsetzung von Seite 2

über den EWR-Beitritt von 1992 für den Fall eines Nein des Souveräns. Nichts davon traf ein, sondern die Schweizer Wirtschaft entwickelte sich weiterhin prächtig.

Den einzig auf Exportzahlen ausgerichteten Konzernleitungen ins Stammbuch:

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls

Texte zu kürzen.

© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Tatsächlich basieren die wichtigsten Faktoren für den guten Stand unserer Volkswirtschaft auf den Stärken des Schweizer Modells, nämlich direkte Demokratie, Föderalismus und Subsidiaritätsprinzip, kleinräumiges Wirtschaften (Unternehmensstandorte auch in den Land- und Bergkantonen), duale Berufsbildung, Milizprinzip, Einsatz der Bürger für das Gemeinwohl. Wenn wir Bürger diese Stärken pflegen, findet auch unsere Wirtschaft, zusammen mit den Behörden in Gemeinden, Kantonen und Bund, flexible Lösungen. Voraussetzung dafür ist, dass die Schweiz so unabhängig wie möglich bleibt.

Umtriebige Aktionen einiger EU-Turbos

– EU-Beitritt mit Schweizer Lohnschutz, Service public und Schweizerfranken?

Ein paar SP-Parlamentarier wollen offenbar mit dem Kopf durch die Wand. So verkündet Co-Parteipräsident Cédric Wermuth: «Das Rahmenabkommen ist ja eigentlich die schlechteste aller Varianten für ein gesichertes Verhältnis mit der EU. Die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen würde das Souveränitätsproblem der Schweiz lösen.»⁴ Stimmt, der EU-Beitritt würde die Frage der Schweizer Souveränität tatsächlich lösen – falls man deren Abschaffung als «Lösung» betrachtet. Und den Schweizer Lohnschutz, den Wermuth mit Recht verteidigt, würde die EU dann schlucken?

Nationalrat Fabian Molina (SP, ZH) seinerseits will mit einer Motion den Bundesrat beauftragen, mit der EU Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Zu seinem Forderungskatalog an Brüssel gehören neben dem Lohnschutz auch die Beibehaltung des hochstehenden Schweizer Service public sowie des Schweizerfrankens.⁵ Dabei sollte nach den gescheiterten Verhandlungen mit Brüs-

sel eigentlich jeder verstanden haben, dass die EU eigenständige Standpunkte von Vertragspartnern wenig goutiert.

Nun ist Molinas EU-Austritts-Motion von seiner eigenen Parlamentsfraktion abgeschmettert worden. Am 8. Juni meldete das Schweizer Fernsehen: «Ob am Schluss auch die SP als Partei der Beitrittsforderung folgen wird, ist offen. Die SP klärt bis im nächsten Frühling (!) ihre europapolitischen Ziele. Dabei werden sich auch die Kritiker des Rahmenabkommens einbringen.»⁶ Das klingt nicht nach viel Beitritts-Begeisterung der Genossen – wer weiss, ob sie das EU-Beitritts-Ziel aus ihrem Parteiprogramm streichen wollen?

– Markwalder, «Operation Libero» & Co. fordern entrüstet eine Volksabstimmung

Ausgerechnet diejenigen Kreise, welche die direktdemokratische Schweiz im undemokratischen EU-Konstrukt versenken wollen, schreien jetzt Zeter und Mordio, weil der Bundesrat mit seinem Verhandlungsabbruch angeblich das Mitbestimmungsrecht des Volkes übergehe. Die EU-Turbos Christa Markwalder (FDP, BE), Tiana Moser (GLP, ZH) und andere Mitglieder der nationalrätlichen APK verlangten in einem Brief vom 18. Mai vom Bundesrat, das Rahmenabkommen dem Parlament vorzulegen und dann lediglich dem fakultativen Referendum zu unterstellen.⁷

Derweil spürt der Think tank «Operation Libero» «ein grosses Unbehagen in der Zivilgesellschaft» und plant deshalb eine Volksinitiative noch unbestimmten Inhalts, um die engere Verandelung der Schweiz mit der EU in die Bundesverfassung zu bringen. Die «Zivilgesellschaft», welche das Vorhaben unterstützt, besteht übrigens vor allem aus der Neuen Europäischen Be-

wegung (deren Präsidentin Markwalder früher war; heutiger Präsident: Eric Nussbaumer, ebenfalls SP-Nationalrat und APK-Mitglied) und der Aussenpolitischen Gesellschaft (deren Präsidentin Markwalder heute ist).⁸

Wie gesagt, es handelt sich immer um dieselben paar Leute, denen das Schweizer Modell nicht gefällt. Zum Glück wollen sich die meisten Stimmbürger ihren gesunden Menschenverstand partout nicht ausschalten lassen.

¹ Tribelhorn, Marc; Gafafer, Tobias. «Ich würde Ihnen widersprechen: Die Schweiz ist ein Teilmittglied der EU.» Interview mit Thomas Cottier und André Hohenstein. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 26.5.2021

² «Das Institutionelle Abkommen Schweiz-EU wird nicht abgeschlossen.» *Medienmitteilung des Bundesrates* vom 26.5.2021

³ Bundesräte Parmelin, Cassis und Keller-Sutter zu: Institutionelles Abkommen Schweiz-EU. *Medienkonferenz* vom 26.5.2021. https://www.youtube.com/watch?v=OzL_cScGsOY

⁴ Neuhaus, Christa. «Das Rahmenabkommen ist ja eigentlich die schlechteste aller Varianten für ein gesichertes Verhältnis mit der EU.» Interview mit Cédric Wermuth. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 22.5.2021

⁵ Vögeli, Dorothee. «SP-Nationalrat Fabian Molina findet den EU-Beitritt die beste Option – nun möchte er im Parlament Druck aufsetzen.» In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 6.6.2021

⁶ Washington, Oliver. «Neue Ideen zur Europapolitik kursieren im Bundeshaus.» In: *SRF News* vom 8.6.2021

⁷ Feusi, Dominik. «Die Rettungsversuche für das Rahmenabkommen (2): Der Plan von Christa Markwalder und den EU-Diplomaten.» In: *Nebelspalter* vom 21.5.2021

⁸ Washington, Oliver. «Rahmenabkommen: Volksinitiative soll Druck auf Bundesrat erhöhen.» In: *SRF News* vom 18.5.2021

Kommt es zu einer Renaissance der EFTA?

Wie weiter nach dem Abbruch der Verhandlungen über den Rahmenvertrag?

von Dr. rer. publ. Werner Wüthrich

Die Geschichte wiederholt sich nicht. Aber es gibt Parallelen, deren Kenntnis hilfreich ist und die heute Anregungen und Antworten zur Frage «Wie weiter?» geben können.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wurden in Europa zwei ganz unterschiedliche Wirtschaftsorganisationen gegründet. 1957 gründeten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG*. Die Präambel ihrer Statuten enthielt bereits damals das politische Ziel, längerfristig eine «immer engere Union» zu bilden. 1960 schlossen sich Grossbritannien, Dänemark, Österreich, Schweden, Norwegen, Portugal und die Schweiz zur EFTA zusammen (*European Free Trade Association*). Diese Länder setzten sich das Ziel, die Zölle im Industriebereich abzubauen und auf eine freiheitliche Art miteinander zu kooperieren – im Unterschied zur EWG ohne politischen Überbau. Westeuropa war gespalten. Die Chancen standen jedoch gut, dass die beiden unterschiedlichen Organisationen die Zölle im Gleichschritt abbauen und eine grosse, gemeinsame Freihandelszone bilden. – Es sollte anders kommen.

Die USA geben den Tarif durch

Schon bald nach der Gründung teilte Grossbritannien seinen Vertragspartnern mit, aus der EFTA austreten zu wollen, um der EWG beizutreten. Was hat die Regierung in London bewogen, ihren politischen Kurs derart radikal zu ändern? Es gibt Dokumente, die Aufschluss über die Hintergründe geben. Zum Beispiel: Am 14. Juli 1961 besuchte der US-Staatssekretär *George Ball* den Bundesrat. Minister *Albert Weimauer* war beim Gespräch dabei und fasste es in einer Aktennotiz zusammen, die heute über *dodis.ch* (historische Dokumentensammlung) abgerufen werden kann. Daraus folgende Passage: «Die Amerikaner erachten Verhandlungen zwischen der EWG und der EFTA als Gruppe im Hinblick auf eine rein wirtschaftliche Vereinbarung als nicht wünschenswert und im übrigen von vornherein aussichtslos. Für sie handelt es sich in erster Linie darum, dass Grossbritannien und die übrigen Nato-Alliierten in der EFTA durch einen Beitritt zur EWG deren politische Zielsetzung unterschreiben» (*dodis.ch/30116*, S. 2). Die politische Union sollte sich weitgehend mit der Nato decken. Die neutralen Länder in der EFTA, die Schweiz, Österreich und Schweden, würden einen Assoziationsvertrag mit der EWG abschliessen. Im Bundeshaus begannen die Vorbereitungen mit zahlreichen Arbeitsgruppen (*dodis.ch/30134*, *34186*). Das wäre wohl das Ende der EFTA gewesen.

Veto von Charles de Gaulle

Es kam nicht dazu. Frankreichs Staatspräsident *Charles de Gaulle* legte im Januar 1963 sein



Bundesrat Hans Schaffner (links) und Bundesrat Willy Spühler an einer EFTA-Tagung in London im Dezember 1966. Mit gutem Verhandlungsgeschick und grossem Verantwortungsbewusstsein wurde das Beste für die Schweiz erreicht. (Bild keystone)

Veto gegen den Beitritt von Grossbritannien ein, und das von den USA angestossene Projekt wurde auf Eis gelegt. Was hat de Gaulle zu diesem Schritt bewogen? Er strebte eine engere Beziehung zu Deutschland an. Am 22. Januar 1963 schloss Frankreich mit der Bundesrepublik Deutschland den *Elyséevertrag* ab (Abkommen über die deutsch-französische Zusammenarbeit). Dieser Vertrag sollte die Politik der beiden Länder bis heute bestimmen. De Gaulle befürchtete, dass mit dem Beitritt Grossbritanniens der anglo-amerikanische Einfluss in der EWG/Nato noch dominanter und Europa noch stärker abhängig werde. Wenig später – im Juli 1963 – berichtete Minister *Paul Jolles*, der Leiter des Integrationsbüros, dem Bundesrat über sein Gespräch mit dem Leiter des *Policy Planning Board* im amerikanischen Staatsdepartement: «Mein Gesprächspartner vertritt vorbehaltlos die bekannte amerikanische Auffassung, dass das Nationalstaatenum in Europa historisch überholt sei und eine politische Einigung unvermeidlich erscheine, falls Europa in der Weltpolitik weiterhin eine Rolle spielen wolle. Der französische Staatspräsident de Gaulle wird als Einzelercheinung betrachtet. [...] Das Gespräch hinterliess bei mir den Eindruck, dass man im braintrust des Staatsdepartements mit Bezug auf Europa den Boden unter den Füßen verloren hat.» (*dodis.ch/30356*)

Bundesrat *Schaffner* äusserte sich später dazu: De Gaulle befürwortete eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten – und nicht «une

Europe intégrée, donc diminuée» [ein integriertes und daher geschwächtes Europa] (*dodis.ch/30358*).

Die EFTA besteht weiter

Für die EFTA war de Gaulle ein Glücksfall. Sein Veto brachte ihr eine Atempause und die nötige Ruhe, um sich aufzubauen – und zwar immer mit einem Blick auf die EWG. Die EWG-Länder bauten in mehreren Schritten die Zölle ab – und die EFTA-Länder zogen im Gleichschritt nach, so dass nach einigen Jahren relativ einfach ein gemeinsamer Freihandelsvertrag vorerst im Industriebereich zwischen den Ländern der EWG und der EFTA abgeschlossen werden konnte – ein Projekt, das die Amerikaner zehn Jahre zuvor noch verhindert hatten.

Freihandelsvertrag von 1972

Bundespräsident *Brugger* hielt anlässlich der Unterzeichnung des Freihandelsvertrages am 22. Juli 1972 eine eindrückliche Rede, in der er die Grundwerte der Schweiz und die Leitlinien für das künftige Verhältnis der Schweiz zur Gemeinschaft festlegte:

«Das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft, das im Namen des Bundesrates ich heute zu unterzeichnen die Ehre habe, stellt einen entscheidenden Schritt in unserem traditionellen Bemühen dar, an der Integration unseres Kontinents mitzuarbeiten, soweit wir hierzu unter Wahrung der direkten Demokratie, der parlamentarischen Befugnisse und der

neutralen Aussenpolitik in der Lage sind.» (*dodis.ch/36209*)

1974 – nach dem Tod von Charles de Gaulle – trat Grossbritannien der EG bei, und später folgten weitere EFTA-Mitglieder.

Das Schweizer Parlament legte am 3. Dezember 1972 den Freihandelsvertrag dem Souverän vor, und er wurde mit einer Mehrheit von 72,5 Prozent und von allen Kantonen angenommen. Die Schweiz war geeint. In den Folgejahren hat die EFTA über hundert Zusatzverträge mit der EG und später der EU abgeschlossen. Der Warenaustausch und später auch der Austausch von Dienstleistungen vervielfachten sich. Inzwischen hat die EFTA gegen 40 massgeschneiderte Freihandelsverträge mit vielen Ländern auf der ganzen Welt abgeschlossen. Dazu gehören Länder wie China, Japan und vor kurzem nach einer Volksabstimmung Indonesien. Dazu kommen zahlreiche Handelsabkommen. Es ist eine Erfolgsgeschichte. Mit dem von den USA geforderten Assoziationsvertrag mit der EWG, wie er in den sechziger Jahren zur Debatte stand, wäre dies nicht möglich gewesen.

Was können wir daraus lernen?

Zusammenarbeit und Gespräche mit der EU von gleich zu gleich im Rahmen der bestehenden Verträge sind selbstverständlich. Die Schweiz und die EU gehören zu Europa. Beide sind aus vielerlei Gründen aufeinander angewiesen und können auf bewährte Art zusammenarbeiten. Was kann die Schweiz heute tun, ohne, wie Bundesrat *Brugger* ausgedrückt hat, die Eigenheiten des Landes in Gefahr zu bringen?

Ganz ähnlich wie bereits in den sechziger Jahren können die schweizerischen Gesetze und Handelsvorschriften auf die heutige EU abgestimmt werden – soweit es notwendig und sinnvoll ist –, auch autonom ohne Verhandlungen. Dieses Vorgehen hat sich auch in den Jahren nach dem Volks-Nein zum EWR 1992 bewährt. Die Kohäsionsmilliarde als Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von ärmeren Ländern gehört dazu. Sollte der Freihandelsvertrag einmal «modernisiert» werden, müssten die Bedingungen eingehalten werden, wie sie Bundesrat *Brugger* in seiner Rede von 1972 formuliert hat: Mitarbeit ja, «soweit wir hierzu unter Wahrung der direkten Demokratie, der parlamentarischen Befugnisse und der neutralen Aussenpolitik in der Lage sind.» Möglicherweise wird sich das inzwischen aus der EU ausgetretene EFTA-Gründungsmitglied Grossbritannien wieder dort einfinden, und es kommt zur Renaissance des bald fünfzigjährigen Vertragswerks. •

Detaillierte Darstellung der Ereignisse in: Wüthrich, Werner. *Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz; Geschichte der freiheitlich-demokratischen Wirtschaftsverfassung der Schweiz*, Zürich 2020, vgl. Kapitel 24, S. 293–318

Steuergerechtigkeit für den Mittelstand

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.

In Deutschland beträgt die Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften 15 %, ein mittelständischer Unternehmer dagegen muss Einkommenssteuer in Höhe von 42 % zahlen. Die Differenz wurde bisher damit begründet, dass Kapitalanteilseigner (Aktionäre, GmbH-Anteilseigner) auf ihre Gewinne noch zusätzliche Steuern zahlen müssten, insofern darüber ein Ausgleich stattfindet. Dieses Konzernargument ist jedoch in Wirklichkeit falsch: 70 % unserer Konzerne gehören Ausländern, die ihre Gewinne nicht hier, sondern im Ausland versteuern. Und die internationalen Konzerne – vor allem Big Data – haben ihren steuerlichen Sitz in den Steueroasen, zahlen also überhaupt keine Steuern. Beispiel: *Amazon* hat bei 100 Milliarden Gewinn in 2019 nur 3 Milliarden lokale Steuern zahlen müssen.

Praktisch wird also der Mittelstand mit 42 % Einkommenssteuer plus Gewerbesteuer plus indirekte Steuer plus Propagandasteuer (GEZ) plus kommunale Realsteuern oft zu 70 % besteuert, während die Konzerne sich den meisten dieser Abgaben entziehen können. Eine frühere Unter-

suchung hat ergeben, dass der Mittelstand netto über 80 % unserer Steuern und Sozialabgaben zahlt, die Konzerne dagegen mehr Subventionen bekommen, als sie Körperschaftssteuer abführen.¹

Es besteht also eine schreiende Ungerechtigkeit in unserem Steuersystem: Konzerne werden steuerlich verhätschelt, geschont, subventioniert. Die Unterschicht bekommt in der grössten staatlichen Umverteilung unserer Geschichte (mehr als 50 % BIP) mehr Sozialleistungen, als sie selbst aufbringt. Der Mittelstand ist einziger Verlierer und dominierender Zahler (61 % all dessen, was die Sozialleistungsbezieher bekommen und der Staat an Kosten dazu verursacht²).

Schon seit Jahrzehnten verlangen die Mittelstandsforschung und die Mittelstandsverbände, dass die Regierung zur Steuerpolitik von *Ludwig Erhard* zurückfindet, der den Aufbau der deutschen Wirtschaft durch Eigenfinanzierung geschafft hat, nämlich durch einen anderen Gewinnbegriff: Als Gewinn wurden in den 1950er Jahren nur die Ausschüttungen besteuert, für alle Unternehmensarten gleich. So konnten die Unterneh-

men Scheingewinne und Investitionskosten im Unternehmen halten, wachsen, Arbeitsplätze schaffen und gesunde Finanzen erreichen.

Das hat damals die internationalen Banken erbost, die am Wirtschaftsaufschwung ebenfalls verdienen wollten und *Adenauer* bestürmten, wie in den angelsächsischen Ländern für Fremdfinanzierung der Unternehmen zu sorgen. So wurde der Steuerbegriff von den Ausschüttungen auf komplizierte theoretische interne Überschussrechnungen im Unternehmen verändert, müssen Scheingewinne und Investitionen versteuert werden und ist das Steuersystem so kompliziert geworden, dass niemand mehr durchblickt.

Dies hat vor allem die mittelständischen Firmen getroffen, welche nicht steuerlich auswandern können, ihre Gewinne nicht ins Ausland überweisen müssen, sondern im Inland halten und damit der penibelsten Steuerbürokratie der Welt ausgeliefert sind.

Das *Mittelstandsinstitut Niedersachsen* fordert deshalb von der Bundesregierung, nicht nur Verlustrücktrag für einige Jahre ein-

zuführen, sondern den ganzen Schritt zu vollziehen, nämlich wie unter *Ludwig Erhard* nur noch Ausschüttungen zu besteuern.

Keine Zeit ist für diesen Schritt so günstig wie jetzt, wo ohnehin keine Gewinne gemacht werden, Unternehmen um ihre Existenz kämpfen und mehr Eigenkapital brauchen, um überhaupt zu überleben.

Das Mittelstandsinstitut fordert die Mittelstandsverbände und Kammern auf, sich dieser Forderung der Gewinnbegriffsänderung anzuschliessen und dem für unseren Wohlstand wichtigsten Wirtschaftsbereich – dem Mittelstand – damit Überlebenschancen zu verschaffen.

Das Grundgesetz der Marktwirtschaft ist die Chancengleichheit. Der Mittelstand hat auch im Steuerrecht Anspruch auf Gleichbehandlung mit den Kapitalgesellschaften. Die Gewinnbegriffsänderung auf die Ausschüttungen würde endlich Steuergerechtigkeit schaffen. •

¹ vgl. Hamer, Eberhard. *Wer finanziert den Staat?* Hannover 1982

² vgl. ebenda

Feindbilder nach aussen ... und auch im Inneren des Landes

Deutschland vor den Bundestagswahlen

von Karl-Jürgen Müller

Das Ergebnis der Landtagswahlen vom 6. Juni im deutschen Bundesland Sachsen-Anhalt – die letzten Landtagswahlen vor den Bundestagswahlen Ende September 2021 – und die öffentlichen Debatten vor und nach diesen Wahlen werfen erneut ein Licht auf den Stand der politischen Kultur in Deutschland: Die Sachfragen, um die es eigentlich geht, sollen hinter der Frage nach Gut oder Böse versteckt werden. Eine Klärung der Begriffe und der politischen Zusammenhänge kann helfen, nicht auf Oberflächenphänomene hereinzufallen.

Liest man Medienkommentare und -analysen vor und nach den Landtagswahlen, so hat ein Thema dominiert: die AfD. Vor den Landtagswahlen wurde das Schreckbild an die Wand gemalt, die AfD könne die stärkste Fraktion im neuen Landtag stellen. Nach den Wahlen sind sich fast alle in einem Punkt einig: Das Gespenst ist einstweilen gebannt. Die CDU – die in diesem Bundesland als «konservativer» gilt als die Bundes-CDU – erzielte mit fast 37 % der Wählerstimmen (sie konnte sogar zulegen) deutlich mehr als die AfD, die zwar immer noch mehr als 20 % der Wähler für sich gewinnen konnte und die zweitstärkste Fraktion im neuen Landtag stellen wird, aber auch leichte Verluste hinnehmen musste. Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen blieben deutlich hinter ihren Erwartungen zurück, die beiden letztgenannten Parteien unter 10%; die FDP erzielt ein wenig mehr als 5 % und zieht nach 10 Jahren wieder in den Landtag ein.

Das Gespenst der rechtsextremen Gefahr

Das Gespenst der rechtsextremen Gefahr hat eine lange Geschichte in Deutschland und nach 1990 von offizieller Seite das Gespenst der linksextremen Gefahr Schritt für Schritt als Hauptgefahr abgelöst. Vor allem im Westen des Landes glauben viele, dieses Gespenst vor allem im Osten des Landes lebhaftig erkennen zu können. Jüngstes Beispiel dafür sind die Äusserungen des CDU-Politikers und Ostbeauftragten der deutschen Bundesregierung Marco Wanderwitz im «FAZ-Podcast für Deutschland» vom 28. Mai, wonach in Ostdeutschland eine stärkere Neigung zur Wahl rechtsradikaler Parteien als im Westen bestehen soll: «Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatorsozialisiert sind, dass sie auch nach dreissig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind.» Ein Teil der ostdeutschen Bevölkerung habe «gefestigte nichtdemokratische Ansichten».

Die Begriffe klären

Zu selten wird in Deutschland auf solche Stellungnahmen in der Sache reagiert; sprich: Es fehlt an einer Klärung, was denn mit «rechtsradikal», «nichtdemokratisch» usw. gemeint ist. Auch das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz, von denen man eigentlich solide Aussagen zu diesen Fragen erwarten sollte, helfen heute leider nicht immer weiter. Die «Definitionen» dieser staatlichen Ämter haben sich mittlerweile dem Zeitgeist recht gut angepasst.

Der Verfasser dieser Zeilen ist in Deutschland in einer Zeit aufgewachsen, in der mit dem Begriff «rechtsradikal» immer der Bezug zur Ideologie und Herrschaft der NSDAP verbunden war. Wesensmerkmale nationalsozialistischer Ideologie und Herrschaft waren ein die Demokratie ablehnendes Führerprinzip; eine menschenverachtende Rassenlehre mit der Wahnvorstellung, es gäbe minder- und höherwertige «Rassen» und die minderwertigen seien zu vernichten; eine aggressive, auf Krieg und Eroberung (im Osten, vor allem in der Sowjetunion) angelegte Aussenpolitik.

Erfahrungen der Weimarer Republik

Deutschland hatte in den Jahren der Weimarer Republik die leidvolle Erfahrung gemacht, dass die NSDAP (zusammen mit der kommunistischen KPD) seit dem Sommer 1932 – also noch zu Zeiten der Republik – die Mehrheit der Abgeordneten im Reichstag, dem Parlament der Republik, stellte und eine ordnungsgemässe parlamentarische Arbeit nicht mehr möglich war. Die Nationalsozialisten hatten ganz offen erklärt, Sitze im Parlament erringen zu wollen, um das Parlament zu zerstören. Der damalige Reichspräsident Hindenburg – auch kein Freund der Demokratie, aber kein Nationalsozialist – ernannte schliesslich und unter Druck einflussreicher Kräfte aus dem In- und Ausland Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler der Republik – der Form nach den Regeln der Verfassung entsprechend.

Nach 1945: Wehrhafte Demokratie

So etwas sollte nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland nicht mehr möglich sein. Die Deutsche Demokratische Republik erklärte einen kommunistisch definierten Antifaschismus zum Verfassungsprinzip. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland erklärte nicht nur die freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Grundlagen des Staates für unveränderbar, sondern den neuen Staat auch zur «wehrhaften Demokratie», in der der

Einzelne im äussersten Fall Grundrechte verwirken kann (wenn diese «zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht» werden, so Artikel 18) und in der Parteien notfalls als verfassungswidrig verboten werden können («wenn sie nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden», so Artikel 21). Wohl schon damals wusste man, dass das Wort «Verfassungsfeind» beziehungsweise «verfassungswidrig» im politischen Konkurrenzkampf missbraucht werden kann. Allein das Bundesverfassungsgericht hat deshalb die Befugnis, die Verfassungswidrigkeit einer Partei festzustellen und diese damit zu verbieten. Das Gericht hat dies nur zweimal getan: in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts, und zwar die als rechtsextrem eingestufte Sozialistische Reichspartei SRP und die als linksextrem eingestufte Kommunistische Partei Deutschlands KPD, letztere nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg.

AFD und andere Zielscheiben

Ob die AfD in ihrer jetzigen Konstellation «rechtsextrem», «rechtsradikal», «verfassungsfeindlich» oder «verfassungswidrig» ist, darüber liesse sich trefflich streiten. Aber darum geht es im Grunde genommen nicht. Denn im Deutschland der Gegenwart werden alle diese Begriffe vor allem im politischen Konkurrenzkampf eingesetzt – und sie zielen eben nicht nur auf eine Partei, sondern auch auf eine gewisse Art des Denkens und Handelns. Vor allem, um Widerspruch abzuschrecken. Zum Beispiel: Widerspruch gegen eine Familienpolitik, die von der Gender-Ideologie bestimmt wird; Widerspruch gegen eine Migrationspolitik, die für «offene Grenzen» und gegen «Deutsch-Land» plädiert; Widerspruch gegen einen Supranationalismus, der mit dem Prinzip demokratisch legitimer staatlicher Souveränität brechen will; Widerspruch gegen eine Globalisierung, die vor allem der Finanzindustrie dient; Widerspruch gegen eine «Verwestlichung», deren bittere Frucht Arroganz und Aggressivität gegenüber anderen Kulturen, Völkern und Staaten ist.

Warum stört der Osten?

Dass im heutigen Deutschland vor allem Menschen im Osten des Landes davon betroffen sind, ist eine Desavouierung der deutschen Einheit, polarisiert und schadet letztlich dem ganzen Land. Vielleicht sollen die Ostdeutschen diszipliniert werden: weil der «Zeitgeist» dort kritischer beleuchtet wird; weil unter ihnen die Idee der direkten Demokratie («Wir sind das Volk», aber ehrlich gemeint) mehr lebt als im Westen des Landes; weil die kritische Distanz zur Obrigkeit und zur in Deutschland vorherrschenden Top-down-Politik grösser ist als im Westen des Landes; weil politische Bevormundung als unangenehmer erlebt wird als im Westen des Landes. Mit «rechtsradikal» haben diese ostdeutschen Tugenden gar nichts zu tun; das macht diese politische Lüge so besonders unpassend.

Eine Twitter-Nachricht aus Indien

← Tweet

M. K. Bhadrakumar @BhadraPunchline

The unexpected and unpredictable is real... Setback for US' post-Merkel expectations. Why not blame Russia for engineering this turn in German politics - maybe, impose a couple of sanctions too?



Green party: Internal strife and drop in opinion polls
The Green party has plummeted in opinion polls. At a party conference, delegates will officially nominate Annalena Baerbock as their candidate for ...
dw.com

12:06 nachm. · 11. Juni 2021 · Twitter Web App

M. K. Bhadrakumar: «Das Unerwartete und Unvorhersehbare ist real ... Rückschlag für die Post-Merkel-Erwartungen der USA. Warum nicht Russland für diese Wende in der deutschen Politik verantwortlich machen – und vielleicht auch ein paar Sanktionen verhängen?»

... zur Nachricht der Deutschen Welle (DW): «Die Grünen in Deutschland: Interne Querelen und Absturz in Umfragen. Die Grünen stürzen in den Umfragen ab. Auf einem Parteitag wollen die Delegierten Annalena Baerbock offiziell als Kanzlerkandidatin nominieren ...»

(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Rückgriff auf die traditionelle koloniale Strategie»

Mit dem Manöver «African Lion 21» greifen die USA wieder nach Afrika

von Manlio Dinucci, Italien

Der Afrikanische Löwe, die grösste Militärübung auf dem afrikanischen Kontinent, geplant und geleitet von der US-Armee, hat begonnen. Sie umfasst Land-, Luft- und Marinemanöver in Marokko, Tunesien, Senegal und den angrenzenden Meeren – von Nordafrika bis Westafrika, vom Mittelmeer bis zum Atlantik. 8000 Soldaten nehmen daran teil, die Hälfte von ihnen ist amerikanisch, mit etwa 200 Panzern, Selbstfahrgeschützen, Flugzeugen und Kriegsschiffen. African Lion 21 wird voraussichtlich 24 Millionen Dollar kosten und hat Implikationen, die die Übung besonders wichtig machen.

Dieser politische Schachzug wurde in Washington grundsätzlich beschlossen: Die afrikanische Übung findet zum ersten Mal in der Westsahara statt, d. h. in diesem Jahr auf dem Territorium der Saharaischen Republik, die von über 80 UN-Staaten anerkannt wird und deren Existenz Marokko mit allen Mitteln leugnet und bekämpft. Rabat erklärte, dass «Washington auf diese Weise die marokkanische Souveränität über die Westsahara anerkennt» und Algerien und Spanien auffordert, «ihre Feindseligkeit gegenüber der territorialen Integrität Marokkos aufzugeben». Spanien, das von Marokko beschuldigt wurde, die Polisa-

rio (Westsahara-Befreiungsfront) zu unterstützen, nimmt in diesem Jahr nicht am Afrikanischen Löwen teil. Washington bekräftigte seine volle Unterstützung für Marokko und bezeichnete es als «wichtigen Nicht-Nato-Verbündeten und Partner der Vereinigten Staaten».

Die Afrika-Übung findet in diesem Jahr zum ersten Mal im Rahmen einer neuen US-Kommandostruktur statt. Im vergangenen November wurden die US-Armee Europa und die US-Armee Afrika zu einem einheitlichen Kommando zusammengefasst: der US-Armee Europa und Afrika (USAREUR-AF). General Chris Cavoli, der es leitet, erklärte den Grund für diese Entscheidung: «Die regionalen Sicherheitsprobleme in Europa und Afrika sind untrennbar miteinander verbunden und können sich schnell von einem Gebiet zum anderen ausbreiten, wenn sie nicht kontrolliert werden.» Daher die Entscheidung der US-Armee, das Europäische Kommando und das Afrikanische Kommando zusammenzulegen, um «Kräfte dynamisch von einem Schauplatz zum anderen, von einem Kontinent zum anderen zu verlagern und so unsere regionalen Reaktionszeiten für Eventualitäten zu verbessern».

In diesem Zusammenhang wurde African Lion 21 mit Defender-Europe 21 zusammen-

gelegt, an dem 28000 Soldaten und über 2000 Schwerstfahrzeuge beteiligt sind. Es handelt sich im Grunde genommen um eine einzige Serie von koordinierten Militärmanövern, die von Nordeuropa bis Westafrika stattfinden und von der US-Armee Europa und Afrika (USAREUR-AF) geplant und befohlen werden. Der offizielle Zweck ist es, einer nicht näher spezifizierten «böartigen Aktivität in Nordafrika und Südeuropa entgegenzuwirken und den Schauplatz vor gegnerischer militärischer Aggression zu verteidigen», mit klarem Bezug auf Russland und China.

Italien nimmt sowohl an African Lion 21 als auch an Defender-Europe 21 nicht nur mit eigenen Kräften, sondern auch als strategischer Stützpunkt teil. Die Übung in Afrika wird von Vicenza aus von der Southern Europe Task Force der US-Armee geleitet, und die teilnehmenden Kräfte werden über den Hafen von Livorno mit Kriegsmaterial versorgt, das aus Camp Darby, der benachbarten Logistikbasis der US-Armee, kommt. Die Teilnahme an African Lion 21 ist Teil des wachsenden italienischen militärischen Engagements in Afrika.

Die Mission in Niger ist symbolisch, formal «als Teil einer gemeinsamen europä-

ischen und US-amerikanischen Anstrengung zur Stabilisierung der Region und zur Bekämpfung des illegalen Handels und der Bedrohung der Sicherheit», in Wirklichkeit für die Kontrolle eines der reichsten Gebiete an strategischen Rohstoffen (Öl, Uran, Coltan und andere), die von US-amerikanischen und europäischen multinationalen Unternehmen ausgebeutet werden, deren Oligopol durch die chinesische Wirtschaftspräsenz und andere Faktoren gefährdet ist.

Daher der Rückgriff auf die traditionelle koloniale Strategie: die Absicherung der eigenen Interessen mit militärischen Mitteln, auch mit der Unterstützung lokaler Eliten, die ihre Macht auf ihre Streitkräfte stützen, die sich hinter dem Deckmantel der gegnerischen dschihadistischen Milizen verbergen. In Wirklichkeit verschlimmern militärische Interventionen die Lebensbedingungen der Bevölkerungen und verstärken die Mechanismen der Ausbeutung und Unterwerfung, mit dem Ergebnis, dass erzwungene Migrationen und daraus resultierende menschliche Tragödien zunehmen.

Quelle: il manifesto vom 8.6.2021
(Übersetzung Zeit-Fragen)

Nach US-Rückzug: Wird Afghanistan Vietnam 2.0?

von Dr. Matin Baraki*, Marburg



Matin Baraki
(Bild zvg)

Vorgeschichte

Nach dem Ende des real existierenden Sozialismus wurde durch einen Schreibsöldner des aus dem Kalten Krieg als Sieger hervorgegangenen kapitalistischen Systems das «Ende der Geschichte»¹ und durch den obersten Repräsentanten der USA, *George Bush senior*, am Ende des US-geführten Krieges gegen Irak Anfang 1991 die *Neue Weltordnung* verkündet. Im Rahmen der *Greater-Middle-East-Strategie* (GME) der Neokonservativen um *George W. Bush*, *Dick Cheney*, *Paul Wolfowitz* und *Donald Rumsfeld* sollte die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens, vom Kaukasus bis Nord-Afrika und von dort bis Bangladesch und zum Hindukusch, unter Kontrolle der Vereinigten Staaten gebracht werden. Die Anschläge des 11. September 2001 in New York boten also gerade den geeigneten Anlass, die GME-Strategie umzusetzen.

Da das Taliban-Regime national, regional und international isoliert war, begannen die US-Kampfjets am 7. Oktober 2001 Afghanistan zu bombardieren. Nachdem das Taliban-Regime in vier Wochen hinweggefegt worden war, zogen die US-Einheiten schon Anfang 2003 weiter in den Irak. Dort war der Krieg noch in vollem Gang, als die Taliban, wieder erstarkt, zurückkamen.

Den USA und ihren Nato-Verbündeten ist es jedoch nicht gelungen, selbst unter Einsatz von bis zu 150 000 Soldaten, die Taliban zu besiegen. Der Krieg hat zu seinen Höchstzeiten, in den Jahren zwischen 2001 und 2014, jede Woche 1,5 Milliarden US-Dollar gekostet. Abgesehen von 2500 gefallenen US-Soldaten, war er auf Dauer nicht mehr finanzierbar. Nach einer Veröffentlichung von *Statista Research Department* vom 22. März 2021 sind zwischen den Jahren 2001 und 2020 insgesamt 3596 Soldaten der westlichen Allianz in Afghanistan ums Leben gekommen.² Die USA mussten die Grenzen ihrer militärischen Fähigkeiten erkennen und ihre Niederlage akzeptieren.

Damit ist auch die GME-Strategie an den Bergen des Hindukusch zerschellt. Erst dann haben sie jahrelang geheim und zwei Jahre offiziell mit den Taliban in Doha, der Hauptstadt des Emirats Katar, verhandelt und im Februar 2020 ein Abkommen unterzeichnet. Darin haben sie sich verpflichtet, ihre Soldaten bis Ende April 2021 aus Afghanistan abzuziehen. Damit zogen die Taliban die USA buchstäblich diplomatisch über den Tisch, und deren Kapitulation wurde vertraglich besiegelt. Als Trost haben die Taliban «in einem geheimen Anhang des US-Taliban-Abkommens vom Februar 2020 [zugesagt], die ausländischen Militärbasen vor Angriffen anderer militanter Gruppen schützen»³ zu wollen, wozu sie kaum in der Lage sind. Dennoch wollte der Verhandlungsführer der Taliban, *Sher Mohammad Abbas Stanikzai*, im Januar 2021 den Eindruck erwecken, «einer ausländischen Invasorentruppe freies Geleit»⁴ zu gewähren.

Joe Bidens Manöver

Der neue US-Präsident *Joe Biden* hatte zunächst den vom ehemaligen US-Präsidenten *Donald Trump* festgelegten Rückzug bis Ende April 2021 in Frage gestellt und kurz nach seiner Amtsübernahme eine Prüfung des Abkommens angeordnet. Man wollte mit den Taliban über eine Terminverschiebung sprechen, um «noch ein wenig länger»⁵ am Hindukusch bleiben zu dürfen. «Man kann nicht in sechs Wochen mehr als 10 000 Soldaten irgendwie abziehen»,⁶ konstatierte am 24. März 2021 der Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheitskräfte des US-Repräsentantenhauses, *Adam Smith*. Nach dem Ende einer Beratung der Nato-Aussenminister verkündete der Nato-Generalsekretär *Jens Stoltenberg*:

«Es ist keine endgültige Entscheidung gefallen [...]. Vorerst bleiben alle Optionen offen.»⁷ Darüber hinaus sei ein Rückzug bis Ende April, wie die frühere US-Administration mit den Taliban vereinbart hatte, selbst aus logistischen Gründen nicht zu gewährleisten. Wir werden «gemeinsam entscheiden»,⁸ Afghanistan zu verlassen, «wenn die Zeit reif ist»,⁹ sagte ein Vertreter des US-Nato-Botschafters in Brüssel. Am 29. März 2021 hob Präsident Biden hervor, dass er sich wegen der vereinbarten Frist nicht unter Druck setzen wolle. Trotzdem könne er sich nicht vorstellen, auch im kommenden Jahr US-Soldaten am Hindukusch stationiert zu haben. «Wir werden gehen. Die Frage ist, wann wir gehen», betonte Biden.¹⁰

Die Taliban bestehen aber darauf, dass die USA sich an das Abkommen vom Februar 2020 zu halten haben. Der Sprecher der Islamisten meldete per *Twitter*, wenn die Biden-Administration sich nicht an das geschlossene Abkommen hielte, würden «die Probleme dadurch gewiss verstärkt, und diejenigen, die sich nicht an das Abkommen gehalten haben, werden dafür zur Verantwortung gezogen».¹¹ Wie jedes Jahr haben die Taliban ihre Frühjahrsoffensive angekündigt, um damit in diesem Jahr die USA und die Nato zum Rückzug zu zwingen. Das wäre eine faktische Vertreibung der Weltmacht vom Hindukusch, und ein geordneter Rückzug der US- und Nato-Einheiten aus Afghanistan wäre kaum noch möglich. Es drohe, «mehr nach Flucht auszusehen», sagte die FDP-Verteidigungspolitikerin *Marie-Agnes Strack-Zimmermann*.¹² Genau dieses Szenario wollen die USA auf jeden Fall vermeiden. Ein zweites Saigon darf es nicht geben.

US-Präsident Biden musste nichts volens einsehen, dass die USA in Afghanistan keine Perspektive mehr haben, und hat am 13. April 2021 den Rückzug seiner Soldaten für September 2021 angeordnet, wie die «Washington Post» meldete. Bis zum 11. September müssen alle US-Einheiten bedingungslos und ohne eine Gegenleistung seitens der Taliban vom Hindukusch abgezogen sein.¹³ «Es ist an der Zeit, den längsten Krieg Amerikas zu beenden. Es ist Zeit, dass die amerikanischen Soldaten nach Hause kommen», hob Präsident Biden hervor.¹⁴ Er wies darauf hin, dass er der vierte Präsident sei, in dessen Amtszeit die US-Einheiten in Afghanistan Krieg führen. «Ich werde diese Verantwortung nicht an einen fünften übergeben.»¹⁵ Es sei kaum möglich, betonte Biden, den Kriegseinsatz in die Länge zu ziehen, «in der Hoffnung, dass irgendwann die Umstände für einen idealen Rückzug vorliegen».¹⁶ Dafür werde es niemals «ideale Bedingungen»¹⁷ geben.

So kann auch ein Verlierer seine Niederlage tröstlich artikulieren. «Die Niederlage des Westens ist so umfassend, dass sich die Taliban nicht einmal zum Schein an Friedensgesprächen beteiligen müssen. Die ausländischen Streitkräfte ziehen nun nahezu Hals über Kopf ab.»¹⁸ Eine Abschiedszeremonie für die 10 000 Nato- und davon 1100 Bundeswehrgoldaten ist nicht vorgesehen.¹⁹ Ab dem 1. Mai 2021 begann offiziell der Rückzug der Nato-Einheiten aus Afghanistan.

Was passiert mit den ausländischen Söldnern, die im Auftrage des US-Geheimdienstes *Central Intelligence Agency* (CIA) und anderer Geheimdienste der Nato-Länder in Afghanistan im Einsatz sind? *Assadullah Walwalgi*, ein Experte für Militärfragen in Kabul, geht von rund 40 000 Söldnern aus, die bei etwa 50 verschiedenen, überwiegend US-Militärfirmen unter Vertrag stehen,²⁰ die die «Drecksarbeiten erledigen».²¹ Von deren Ab- und Rückzug ist bis jetzt nirgends die Rede.

«Gemeinsam rein, gemeinsam raus»?

Dieser Slogan der Bundesverteidigungsministerin *Annegret Kramp-Karrenbauer* ist mehr als eine Unwahrheit. «Wahrheit ist etwas so Kostbares, dass Politiker nur sehr sparsam damit umgehen.»²² Denn seit der Einverleibung der *Deutschen Demokratischen Republik* (DDR) hegt die politische und militärische Klasse Deutschlands erneut Grossmachtambitionen. Dies geht eindeutig aus den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November

1992, vom 21. März 2003 und vom 18. Mai 2011 sowie aus dem Weissbuch 2004 bzw. 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr hervor. Die Grenze der Verteidigung Deutschlands ist nicht mehr die vom Grundgesetz (Art. 87a) vorgeschriebene – Einsatzgebiet ist die ganze Welt.

Bemerkenswert ist die Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten *Roman Herzog* im Hotel *Adlon* am 26. April 1997, in der er mit Nachdruck auf die deutschen Grossmachtambitionen hinwies: «Ein grosses, globales Rennen hat begonnen: Die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert. Wir müssen jetzt eine Aufholjagd starten.»²³

Auch Afghanistan wurde erneut, nun zum dritten Mal, als Schachbrett für die globalen Ambitionen Deutschlands mit eingeplant. Man wartete jedoch auf einen geeigneten Anlass. Der 11. September 2001 bot sich dann ganz ausgezeichnet dafür an. Hätte es ihn nicht gegeben, man hätte ihn erfinden müssen. Bundeskanzler *Gerhard Schröder* (SPD) verkündete die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Vor diesem Hintergrund wurde zum ersten Mal, gemäss Artikel 5 des Nato-Vertrages, der «Bündnisfall» erklärt. «Wir dürfen auch nicht vergessen: Es war nicht zuletzt Deutschland, das 2002 die Nato gedrängt hat, Afghanistan zu einer Nato-Operation zu machen. Das ist die Regierung Schröder/Fischer gewesen», erklärte der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, *Klaus Naumann*.²⁴ Damit wurde der politischen und militärischen Klasse Deutschlands die Möglichkeit eröffnet, sich am Krieg gegen Afghanistan zu beteiligen.²⁵

Die Militarisierung der deutschen Aussenpolitik schuf die Voraussetzung für die prägnante Formulierung des sozialdemokratischen Bundesverteidigungsministers *Peter Struck* nach der Verabschiedung der Verteidigungspolitischen Richtlinien im Frühjahr 2003: «Deutschland wird am Hindukusch verteidigt»,²⁶ ein Satz, der immer wieder zitiert worden ist. «Der Satz ist einer der törichtesten Sätze der deutschen Nachkriegsgeschichte»,²⁷ bemerkte dazu *Heribert Prantl*, damaliger Leiter des Ressorts Innenpolitik der «Süddeutschen Zeitung». Die Strucksche Aussage ist auch deswegen falsch, weil die Taliban nur eine regionale Agenda haben. Sie sind keine internationalen Terroristen und «wollen nicht Hamburg und New York angreifen».²⁸ Durch das militärische «Engagement» Deutschlands am Hindukusch wurde zum einen die deutsche Aussenpolitik militarisiert, und zum anderen war Afghanistan der Türöffner für künftige weltweite Operationen der Bundeswehr.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte in ihrem 20 Jahre andauernden militärischen «Engagement» am Hindukusch insgesamt 160 000, zuletzt 1100 Soldaten im Kampfeinsatz. Das haben 59 Soldaten mit ihrem Leben bezahlt.²⁹ Dieser Bundeswehreininsatz hat seit 2001 mehr als 12 Milliarden Euro gekostet. Dies teilte das Auswärtige Amt auf eine Anfrage der Fraktion *Die Linke* im Bundestag mit.³⁰ Selbst wenn man von einer Verdoppelung dieser Summe ausginge, würde man nicht falsch liegen. Denn die Bundesregierung gibt nicht alle Ausgaben an.

Trotz der finanziellen und menschlichen Verluste ist der jetzige Bundesausserminister *Heiko Maas* (SPD) der Ansicht: «Es ist nicht umsonst gewesen»³¹ und kündigte ein weiteres politisches und finanzielles Engagement Deutschlands am Hindukusch an. «Der Friedensprozess braucht einen neuen diplomatischen Push», meinte Maas.³² Für das laufende Jahr hat die BRD 430 Millionen Euro «und für die Jahre bis 2024 die gleiche Summe in Aussicht gestellt».³³ Aber die Auszahlung wird davon abhängig gemacht, wie sich der «Friedensprozess» zwischen den Vertretern der Kabuler Administration und der Taliban entwickeln werde. Ob die Bundesregierung auch mit einer Taliban-Regierung zusammenarbeiten würde, wird nicht eindeutig erklärt. Denn «schon im Januar [2021] waren amerikanische Überlegungen öffentlich geworden, eine Übergangsregierung für Afghanistan unter Einschluss der Taliban zu bilden».³⁴

Vorsichtig optimistisch äusserte sich auch der pakistanische Aussenminister *Shah Mah-*

mood Qureshi bezüglich der künftigen Strategie der Taliban. Sie hätten «durchaus verstanden, dass sich Afghanistan verändert hat. Und dass sie diesen Wandel akzeptieren müssen.»³⁵ Da die Talibanführung ihre Strategie mit der pakistanischen Regierung stets abstimmt, könnte es sein, dass sie neben ihrer militärischen Stärke auch diese Realität in Betracht ziehen würde.

Frauenrechte als Alibi

In Afghanistan ist es der US-Imperialmacht von Anfang an weder um Frauen- noch um Menschenrechte, geschweige denn um Afghanistan an sich gegangen, sondern nur um ihre strategischen Interessen in der Region, um die Umzingelung der Russischen Föderation und um einen Regime change in Iran. Das Land am Hindukusch wurde von den USA zu ihrem unsinkbaren Flugzeugträger gemacht. Nun haben sich aber die Rahmenbedingungen geändert und damit die Prioritäten der US-Strategie. In absehbarer Zeit wird die Volksrepublik China die USA ökonomisch, aber auch militärisch, wenn nicht überholen, so doch mit ihr gleichziehen können.

Ende 2017 wurde in der «Nationalen Sicherheitsstrategie» der USA die Volksrepublik China als «strategischer Rivale» eingestuft. Die USA werden versuchen, nun auch unter Präsident Biden die Volksrepublik China militärisch zu umzingeln und den Aufstieg des Landes zu einer künftigen Weltmacht, wenn nicht zu verhindern, so doch mindestens zu verzögern. Schon der ehemalige US-Präsident *Barack Obama* und dessen Vize *Joe Biden* hatten im November 2011 zum Pazifischen Jahrhundert unter Führung der Vereinigten Staaten aufgerufen. Diese Strategie ist eindeutig gegen die Volksrepublik China gerichtet. Für die Realisierung dieser Option haben die USA bereits regionale Militärbündnisse mit Japan, Südkorea, Australien, den Philippinen, Thailand, Singapur, Vietnam, Malaysia, Indonesien und der Atommacht Indien geschmiedet. Der regionale Konflikt um das Südchinesische Meer, von dem die Volksrepublik China 80% für sich beansprucht und sogar schon einzelne Inseln besetzt hat, wobei sie sich auf «bis zweitausend Jahre zurückreichende historische Argumente» beruft, könnte von den USA als Hebel für einen grösseren Konflikt gegen China instrumentalisiert werden.

Afghanistan ist vorläufig abgeschlossen. Die USA wollen ihre Kräfte auf die künftig wichtige geostrategische Region konzentrieren. Es beginnt ein asiatisches Jahrhundert. Der Ort, wo um Vormachtstellung gekämpft wird, ist die Region des Pazifischen Ozeans. Die Kräfte in und um Afghanistan werden gerade deshalb abgezogen, um am Pazifik ein Bollwerk gegen China zu errichten.

Bilanz eines Desasters

Zwanzig Jahre US- und Nato-Krieg haben in Afghanistan «Verheerungen»³⁶ angerichtet. «Die hehren Ansprüche von einst, die Stabilisierung und Demokratisierung des Landes, sind vergessen. Und die Bilanz ist eine Schmach für die Supermacht, die gewiss nachwirken wird: Mehr als 2000 Amerikaner haben am Hindukusch ihr Leben verloren. Hinzu kommen mindestens 100 000 tote afghanische Zivilisten.»³⁷ Nach einem Bericht des Nachrichtensenders *TOLO-TV* vom 18. April 2021 sollen nach Zählungen der afghanischen und der US-Regierung sowie der Uno 160 000 Menschen seit 2001 ums Leben gekommen sein.³⁸ Darüber hinaus wurden «66 000 afghanische Sicherheitskräfte, viertausend internationale Soldaten und 80 000 Islamisten» getötet.³⁹ Hinzu kommt noch, dass durch die Zusammenarbeit und direkte Unterstützung der Warlords durch die Nato-Länder Korruption, Vetterwirtschaft, ethnische Fragmentierung, Drogenanbau und -handel, Machtdemonstration bis hin zu Entführungen (man sprach von einer Entführungsindustrie des 1. Vizepräsidenten Marschall *Abdul Qasim Fahim* unter dem von den USA durchgesetzten Präsidenten *Hamid Karzei*) an der Tagesordnung waren. Der gesamte Staatsapparat, sowohl die Judikative als auch die Exekutive und die Legislative sowie die Sicherheitsorgane sind ganz und gar mit dem Virus der

* Dr. phil. *Matin Baraki*, 1947 in Afghanistan geboren, hat dort als Lehrer gearbeitet, bevor er nach Deutschland kam. Heute ist er Sachverständiger für Afghanistan und entwicklungspolitischer Gutachter und Mitglied des *Zentrums für Konfliktforschung* sowie Lehrbeauftragter für Internationale Politik an der Philipps-Universität Marburg.

Genfer Aufruf zur Freilassung von Julian Assange

ef. «Im Namen der humanitären Werte, die in Genf, der Stadt des Friedens und der Menschenrechte, verwurzelt sind,» haben am 4. Juni 2021 mehrere Persönlichkeiten, darunter der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, und die Stadtpräsidentin von Genf, Frédérique Perler, den «Genfer Aufruf zur Befreiung von Assange» gestartet. Am Tag danach wurde die «AnythingToSay»-Statue des italienischen Künstlers Davide Dormino, die den Whistleblowern Edward Snowden und Chelsea Manning sowie Julian Assange gewidmet ist, auf dem Pâquis-Pier vor dem Genfer Jet d'eau eingeweiht. Bei der Einweihung sagte Nils Melzer: «Ich stehe hier, neben Edward Snowden, Julian Assange und Chelsea Manning. Die Wahrheit ist: Sie alle werden verfolgt, misshandelt und dämonisiert

für eine einzige Sache; dafür, dass sie die Wahrheit gesagt haben, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit über die Verfehlungen der westlichen Demokratien. Sie sind die Leichen im Keller des Westens. Ihre Verfolgung und Misshandlung ist das, was die Glaubwürdigkeit des Westens zerstört.

Wenn westliche Regierungen heute gegen die Verfolgung von Alexej Nawalny und von Roman Protasewitsch protestieren, lachen die anderen Regierungen nur und fragen: «Und was ist mit Edward Snowden, der in Russland geschützt wird? Was ist mit Julian Assange, der in Isolationshaft sitzt, ohne ein Verbrechen begangen zu haben, sondern nur die Wahrheit gesagt hat? Was ist mit Chelsea Manning, die so lange verfolgt wurde, bis sie bei einem Selbstmordversuch fast ge-

storben wäre? [...] Es liegt nun an der Öffentlichkeit zu reagieren.»

Bislang hat der Genfer Aufruf 3599 Unterstützer (13. Juni 2021). Ein weiteres Ziel ist es, US-Präsident Joe Biden auf die gestellten Forderungen aufmerksam zu machen, wenn er am 16. Juni zu seinem Treffen mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin in Genf eintrifft. So viele Bürger und Organisationen auf der ganzen Welt setzen sich für die Freilassung von Julian Assange ein, und das schon über so viele Jahre – wann werden ihre Stimmen endlich gehört?

Noch etwas: Am 9. Juni 2021 wurde Julian Assange in Boston (USA) in Abwesenheit – vertreten durch seinen Vater John Shipton und seinen Bruder Gabriel Shipton – der Sacco-und-Vanzetti-Preis verliehen.

Wir, die Bürger von Genf und anderswo, starten den «Genfer Aufruf», um die sofortige Freilassung von Julian Assange zu fordern. In harter Isolation im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London läuft der Gründer von WikiLeaks Gefahr, an die Vereinigten Staaten ausgeliefert zu werden, wo ihm eine Haftstrafe von 175 Jahren droht. Sein einziges Verbrechen ist es, die Wahrheit gesagt zu haben!

Im Namen der Achtung der unveräußerlichen Menschenrechte und der Werte, die von den in Genf ansässigen Menschenrechtsorganisationen vertreten werden, fordern wir:

- die britischen Behörden auf, die Auslieferung von Julian Assange abzulehnen und ihm die Freiheit zu gewähren;
- die US-Regierung auf, die Anklage gegen Julian Assange ohne weitere Verzögerung fallen zu lassen;
- alle demokratischen Staaten auf, einschliesslich der Schweiz, Julian Assange einen sicheren Schutz vor weiterer Strafverfolgung wegen der WikiLeaks-Veröffentlichungen zu gewähren;
- internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen in Genf auf, ihre Fähigkeiten und Befugnisse zu nutzen, um Julian Assange zu befreien;
- die Medien auf, weiterhin mutig, unabhängig und unparteiisch über den Fall Assange und seine Auswirkungen auf die Meinungs-, Recherche- und Publikationsfreiheit zu berichten;
- die Menschen in Genf, der Schweiz und der Welt auf, den Genfer Aufruf für die sofortige Freilassung von Julian Assange zu unterstützen.

Am 4. Januar lehnte die britische Justiz die Auslieferung von Julian Assange mit der Begründung ab, dass sein Leben im US-Gefängnis in Gefahr sei. Argumente zu Transparenz und Julian Assanges Recht auf Veröffentlichung wurden jedoch zurückgewiesen. Eine Berufung des US-Justizministeriums ist anhängig, und das Risiko einer Auslieferung bleibt bestehen, ebenso wie die

Gefahr einer beispiellosen Einschränkung der Pressefreiheit.

Julian Assange wird seit mehr als zehn Jahren willkürlich unter Bedingungen festgehalten, die nach Ansicht des UN-Sonderberichterstatters für Folter, Nils Melzer, unter «psychologische Folter oder grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung» fallen.

Julian Assange wird in den Vereinigten Staaten wegen 17 Anklagen (+ einer weiteren) unter dem *Espionage Act*, einem mehr als 100 Jahre alten Gesetz, verfolgt, was ihm 175 Jahre Gefängnis einbringen kann. Sein Vergehen? Etwa 700 000 geheime Dokumente veröffentlicht zu haben, insbesondere über den Krieg im Irak und in Afghanistan, oft in Zusammenarbeit mit grossen Medien wie der «New York Times», «The Guardian», «Le Monde» oder dem Sender ABC. Insbesondere enthüllte er ein Video der amerikanischen Armee, das das Massaker an einem Dutzend Zivilisten, darunter zwei Journalisten, aus einem Hubschrauber zeigt. Die von WikiLeaks veröffentlichten Dokumente enthüllten Handlungen und Operationsmethoden, die gegen die Genfer Konventionen und die Menschenrechte verstossen. Keiner dieser Verstösse und Kriegsverbrechen wurde strafrechtlich verfolgt, während die Person, die sie aufdeckte, seit mehr als zehn Jahren der Verfolgung ausgesetzt ist. Dies ist das ultimative Paradoxon, eine eklatante Verweigerung der Gerechtigkeit, eine Beleidigung der Menschenwürde und eine schuldhaftige Missachtung der Rechtsstaatlichkeit.

Julian Assange muss sofort freigelassen werden, da es keine Rechtfertigung dafür gibt, ihn so lange in nahezu vollständiger Isolation zu halten. Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen gegen willkürliche Inhaftierungen prangert die illegale Gefangenhaltung von Julian Assange seit mehr als fünf Jahren an. Heute verschlechtert sich sein körperlicher und geistiger Gesundheitszustand ernsthaft, wie Zeugen berichten, die ihn besuchen konnten. Im Namen der Achtung der Menschenrechte und

der Traditionen, Normen und Werte, die von den in Genf ansässigen humanitären Organisationen gefördert werden, muss Julian Assange unverzüglich freigelassen werden.

Julian Assange muss sofort freigelassen werden, weil seine Enthüllungen einem grundlegenden und wesentlichen öffentlichen Interesse dienen. Die Bürger haben nicht nur ein Recht zu wissen, sie müssen es wissen. Der Begriff der Spionage, der durch den Verweis auf den *Espionage Act* hervorgerufen wird, ist absurd. Indem der Gründer von WikiLeaks nachgewiesene Informationen von öffentlichem öffentlichem Interesse öffentlich macht, vollzieht er einen heilsamen Akt der Transparenz, der das genaue Gegenteil eines Spionageaktes ist. Julian Assange hat von seiner Redefreiheit Gebrauch gemacht, die durch den ersten Zusatzartikel der US-Verfassung sowie in jeder Demokratie garantiert ist. Der Herausgeber von WikiLeaks hat Informationen von grundlegendem öffentlichem Interesse enthüllt, die der Staat selbst aufgrund seiner Informationspflicht gegenüber den Bürgern hätte veröffentlichen müssen. Julian Assange hat einen einzigartigen und bemerkenswerten Beitrag zum Journalismus im öffentlichen Interesse, zur Transparenz und zur Rechenschaftspflicht der Regierung geleistet. Sein mutiger und hartnäckiger Beitrag wurde von der Gemeinschaft der Medien und der freien Meinungsäusserung weithin anerkannt, die Julian Assange mit einigen der renommiertesten Journalismuspreise ausgezeichnet hat.

Julian Assange muss sofort freigelassen werden, weil das Verfahren gegen ihn eine unerträgliche Bedrohung und Druck auf investigative Journalisten darstellt. Die Hetzkampagne gegen den WikiLeaks-Gründer und die schweren Anschuldigungen gegen ihn sind eine Warnung an jeden Whistleblower oder Journalisten, der im Begriff ist, geheimes Material zu veröffentlichen. Sie behindert ernsthaft die Suche nach den Fakten und der Wahrheit. Eine Verurteilung von Julian Assange wäre die ultimative Bestätigung

einer langen Reihe von absolut beispiellosem Machtmissbrauch mit verheerenden Folgen für die Meinungsfreiheit und den Journalismus. Jede Verbreitung von Geheimdokumenten durch einen Journalisten oder Whistleblower, egal in welchem Land, würde dann kriminalisiert werden. Das US-Spionagesgesetz ist so weit gefasst, dass es zum Beispiel ein Gesetzesverstoss sein könnte, auch nur einen Nachrichtenartikel zu lesen, den die USA für schädlich für die Interessen des Landes halten.

Wir, die Bürger von Genf und anderswo, starten diesen Appell zur Freilassung von Julian Assange an diesem Tag, dem 4. Juni 2021, in Genf, einer Stadt des Friedens und der Verhandlungen, der Wiege des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte und dem Sitz unzähliger internationaler und nichtstaatlicher Organisationen, die sich für die Achtung unserer Grundfreiheiten einsetzen. •

Mit der Teilnahme und Unterstützung von: Nils Melzer, UN special rapporteur on torture, Stella Morris, fiancée of Julian Assange, Frédérique Perler, Mayor of Geneva, Yves Daccord, former General Director of ICRC, Christophe Deloire, General Secretary of Reporters Without Borders (RSF) secrétaire général de Reporters Sans Frontières, Carlo Sommaruga, Swiss Parliamentarian, Jean Rossiaud, Former Parliamentarian and Initiator of Humanitarian Visa for Assange, Blaise Lempin, président Press Emblem Campaign (PEC), Pierre Ruetschi, Executive Director of the Geneva Press Club/Club suisse de la presse, Antoine Vey, Julian Assange's Attorney, Davide Dormino, sculptor (anythingto say), Joseph Farrell, Ambassador for WikiLeaks UK, Sarah Ducret, Association des Usagers des Bains des Pâquis

Mehr Informationen und Aufruf www.pressclub.ch
Quelle: www.pressclub.ch vom 4.6.2021
(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Nach US-Rückzug: Wird Afghanistan ...» Fortsetzung von Seite 6

Korruption versucht. Zwangsprostitution, um Posten zu bekommen, ist auf höchster Ebene gang und gäbe. Posten werden wie auf dem Bazar gehandelt. Für die Stellen mit den höchsten Korruptionsmöglichkeiten wird am meisten bezahlt. Botschafterposten werden für bis zu 40 000 US-Dollar angeboten.

Natürlich können Mädchen die Schule besuchen, aber die Absolventinnen finden kaum eine Arbeit. Die Elite hat längst ihre Dollars auf Banken in Dubai transferiert und sitzt nun auf gepackten Koffern. Wer kann, verlässt das Land. Schon 2020 haben «mehr als dreihundert Journalistinnen ihre Arbeit aufgegeben oder ganz das Land verlassen». ⁴⁰ Diese Frauen haben die meisten Feinde: die Regierung, die Warlords, die Taliban und auch die Nato. «Das Risiko ist gross, dass die Taliban nach dem Abzug der USA wieder die Macht in Afghanistan an sich reißen wollen. Darauf deutet auch die Zunahme der Gewalt hin. Am meisten wird darunter die Bevölkerung leiden, nicht zuletzt Frauen und Mädchen. Die USA tragen eine grosse Verantwortung für diese Entwicklung. Die Invasion vor 20 Jahren basierte auf falschen Erwartungen. Zudem ist es in all den Jahren nicht gelungen, für Stabilität zu sorgen und das Land wieder aufzubauen. Ein stabiles und demokratisches Afghanistan bleibt vermutlich eine Utopie», konstatierte die schwedische Zeitung «Skånska Dagbladet». ⁴¹

Was wird aus Afghanistan?

Anfang 2021 warnten vom US-Kongress eingesetzte Experten der *Afghanistan Study Group*, «dass ein unüberlegter Abzug zum «Kollaps» in Afghanistan führen» würde. ⁴² Eine solche «Perspektive ist ein Desaster für die USA und ihre Verbündeten in Berlin, London und Paris». ⁴³ Das Rückzugsdatum der US- und Nato-Einheiten liegt nun fest. Wozu sollten die Taliban überhaupt noch mit der Kabuler Seite verhandeln? Sie «müssen nur ein paar Monate warten, ehe sie zum Sturm auf Kabul blasen». ⁴⁴ Das ist ein faktischer Beleg für «das Scheitern des Westens in diesem Krieg» am Hindukusch. ⁴⁵

«Nur wenn man alle Faktoren kennt, ist eine wissenschaftliche Vorhersage im eigentlichen Sinne möglich.» ⁴⁶ Wir wissen vieles, aber nicht alles über die US-Strategie in und um Afghanistan. Dennoch könnte man von folgenden Optionen ausgehen:

1. Unmittelbar nach dem Rückzug der Nato-Einheiten könnte die politische und militärische Elite Afghanistans die Flucht ergreifen, lieber ein ruhiges und schönes Leben im Exil bevorzugen, als sich auf einen erneuten Krieg mit den Taliban einzulassen; dann wären die Taliban die alleinigen Herrscher des Landes, wie schon ab 1996.
2. Würde es der US-Administration gelingen, mit vielseitigen finanziellen und entwicklungspolitischen Angeboten die Taliban für eine Koalitionsregierung mit der Kabuler Administration zu gewinnen, könnte

eine für afghanische Verhältnisse relativ reibungslose Transformation stattfinden.

3. Gelingt dies nicht, würde es sehr wahrscheinlich zu einem Bürgerkrieg wie 1992 kommen, als Kabul weitgehend zerstört wurde und über 50 000 Menschen ums Leben kamen.
4. Nach uns die Sintflut. Die USA haben augenscheinlich keinen Plan B für Afghanistan. Zumindest haben sie einen solchen bisher nicht offengelegt. Meines Erachtens wäre unbedingt der Einsatz einer UN-Blauhelmschutztruppe notwendig, bestehend aus den Blockfreien Staaten und der Organisation der Islamischen Staaten, die die Nato-Einheiten ablösen und ausnahmsweise mit einem robusten Mandat ausgestattet werden sollte, um für eine Übergangsphase bis zu einer Stabilisierung der innerafghanischen Verhältnisse für Frieden zu sorgen. •

¹ Der Begriff *Ende der Geschichte* (End of History) wurde von dem Politikwissenschaftler Francis Fukuyama durch einen im Sommer 1989 veröffentlichten Artikel in der Zeitschrift *The National Interest* und ein Buch mit dem Titel *The End of History and the Last Man*, 1992 in die Welt gesetzt.

² Stand: März 2021, vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2006/umfrage/gefollene-oder-verunglueckte-soldaten-der-westlichen-koalition-in-afghanistan/>

³ Die Nato zieht ab, die Taliban greifen an, In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (FAZ) 3.5.2021, S. 5

⁴ Meier, Christian. Was wollen die Taliban?, In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 30.4.2021, S. 3

⁵ USA bitten um Aufschub. *Reuters*, 25.3.2021

⁶ USA bitten um Aufschub. *Reuters*, 25.3.2021

⁷ Nato: Alle Optionen offen in Afghanistan. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 23.3.2021, S. 5

⁸ Nato: Alle Optionen offen in Afghanistan. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 23.3.2021, S. 5

⁹ Nato: Alle Optionen offen in Afghanistan. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 23.3.2021, S. 5

¹⁰ Matern, Tobias. In der Defensive. In: «Süddeutsche Zeitung» vom 30.3.2021, S. 7

¹¹ Nato beginnt mit Abzug aus Afghanistan. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 15.4.2021, S. 1

¹² Früherer Afghanistan-Abzug?. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 22.4.2021, S. 5

¹³ Vgl. Gutschker, Thomas. Bedingungsloser Abzug. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 16.4.2021, S. 1

¹⁴ Nato beginnt mit Abzug aus Afghanistan. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 15.4.2021, S. 1

¹⁵ Brössler, Daniel/Kolb, Matthias: Wenn einer geht, gehen alle. In: «Süddeutsche Zeitung» vom 15.4.2021, S. 7

¹⁶ Brössler, Daniel/Kolb, Matthias: Wenn einer geht, gehen alle. In: «Süddeutsche Zeitung» vom 15.4.2021, S. 7

¹⁷ Gutschker, Thomas: Bedingungsloser Abzug. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 16.4.2021, S. 1

¹⁸ Carstens, Peter. Eine Abschiedsfeier ist nicht geplant. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 24.4.2021, S. 8. Die USA hatten die Taliban für den 24. April 2021 zu einer Friedenskonferenz nach Istanbul eingeladen. Die Islamisten hatten daran kein Interesse und lehnten eine Beteiligung ab.

Demokratische Republik Kongo

Zum Ausbruch des Nyiragongo-Vulkans am 22. Mai 2021

Die Bevölkerung von Goma flieht – es droht eine humanitäre Krise

von Alain Wandimoyi, IKRK

zf. Am 22. Mai 2021 kam es im Osten der Demokratischen Republik Kongo erneut zu einem Vulkanausbruch des Nyiragongo, einem der weltweit aktivsten und gefährlichsten Vulkane. Er liegt inmitten des berühmten Virunga-Nationalparks, dem ältesten Naturschutzgebiet Afrikas (Unesco Weltkulturerbe), und in seiner Mitte befindet sich der grösste Lavasee der Welt (250x270m). In seiner Nähe leben etwa 1,5 Millionen Menschen. 20 Kilometer südlich des Nyiragongo befindet sich Goma, die Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu. Beim letzten Ausbruch des Nyiragongo im Jahre 2002 starben 250 Menschen, und 120000 Menschen wurden obdachlos. Auch wenn die Menschen jetzt langsam wieder zurückkehren und mehrere Hilfsorganisationen dort im Einsatz sind, bleibt die humanitäre Krise: 30 Tote sind zu beklagen, 232000 Menschen wurden vertrieben, sexueller Missbrauch und Ausbeutung greifen um sich, die Cholera brach aus. 4000 Häuser wurden zerstört, 1000 Häuser beschädigt. Laut Uno-Hilfswerk werden 15,6 Millionen US-Dollar gebraucht, davon sind bislang 5,2 Millionen zugesagt (Stand 4.6.2021). Die Pressemitteilung des IKRK ist nachfolgend abgedruckt.

Viele Bewohner von Goma verlassen seit Donnerstag, 27. Mai, die Stadt und begeben sich in die Stadt Sake, um Schutz vor einem möglichen neuen Ausbruch des Nyiragongo-Vulkans zu suchen.

Aus Angst vor einem erneuten Ausbruch des Vulkans Nyiragongo im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) fliehen Tausende von Menschen aus der Stadt Goma und ihrer Umgebung. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat einen Teil seiner Teams vorübergehend nach Bukavu und Minova verlegt und bleibt mit seinen Partnern in der Rotkreuz-Bewegung in Bereitschaft, um die dringendsten Bedürfnisse in Goma und Umgebung zu erfüllen.

Erneut fliehen Menschen vor der Gefahr
Auch wenn der Ausbruch vom 22. Mai vorbei ist, stellen die vom Vulkan freigesetzten Gase immer noch eine Bedrohung für die Bewohner von Goma dar. Erdbeben erschüttern weiterhin die Region und setzen die Bevölkerung weiteren Risiken aus, und es ist schwierig, das Ausmass des humanitären Bedarfs zu bestimmen. «Die Gefahr eines weiteren Ausbruchs



«Ach, mein Kind!» Eine Mutter findet ihren Sohn im Hauptquartier des DRC-Rotkreuzes in Goma, drei Tage nachdem sie ihn beim Ausbruch am 22. Mai verloren hatte. (Bild © Trésor Boyongo Kaya/IKRK)

ist immer noch real und die Angst spürbar. Die Erdbeben sind immer noch alle fünf Minuten in der Stadt zu spüren», sagte Raphaël Tenaud, IKRK-Einsatzleiter in Goma.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag (26./27. Mai) begann der Exodus von Tausenden von Menschen in Richtung der Stadt Sake im Westen, nachdem die Behörden die Evakuierung eines Teils der Stadt wegen der Risiken durch seismische und vulkanische Bewegungen angekündigt hatten.

Gegen 2 Uhr morgens machten sich die Familien auf den Weg zum Hafen. Die Strassen sind voller Menschen, und es herrscht eine Welle der Panik, einige haben lebhaftere Erinnerungen an die Eruptionen und Zerstörungen von 2002. Die Menschen sind auf der Suche nach Sicherheit, aber einige haben auch Angst, ihre Häuser zu verlassen.

«Die Menschen in Nord-Kivu haben bereits seit Jahrzehnten mit sozioökonomischen Herausforderungen und den Folgen des bewaffneten Konflikts zu kämpfen. Die Region ist einer der Orte mit der höchsten Ernährungsunsicherheit in Afrika. Diese Katastrophe ist eine doppelte Strafe. Mit jeder Krise nimmt die Fähigkeit zur Resilienz ab», sagt Raphaël Tenaud.

Tausende von Vertriebenen sind auf der Suche nach Wasser, Unterkünften, Grundbedürfnissen, Hygieneartikeln und Lebensmitteln. Da die Hauptstrasse, die nördlich von Goma verläuft, nun abgeschnitten ist und das gesamte sehr fruchtbare Kulturland in

diesem Teil der Stadt zerstört wurde, ist es wahrscheinlich, dass die Bewohner der Stadt in den kommenden Tagen unter Nahrungsmittelknappheit leiden werden.

Trennung von Familien verhindern

In nur 48 Stunden wurden fast 550 Kinder von ihren Familien getrennt, als die Menschen nach dem Ausbruch vom 22. Mai flohen. Es muss unbedingt verhindert werden, dass Tausende von Vertriebenen den Kontakt zu ihren Angehörigen verlieren.

«Wir raten Familien, sich die Telefonnummern ihrer Angehörigen so gut wie möglich einzuprägen. Wenn eine Person mit einem Kind reist, muss sie ihm – sofern es in der Lage ist – ihren vollen Namen, ihre Herkunftsregion und die Telefonnummern von nahestehenden Personen beibringen, für den Fall, dass es von ihnen getrennt wird», sagte

Die Aktivitäten von IKRK und RCDC

Die Teams der Rotkreuzgesellschaft der Demokratischen Republik Kongo (RCDC) und des IKRK passen ihre Hilfsmassnahmen an, um die Wiederherstellung der familiären Beziehungen fortzusetzen, Gesundheitszentren in den entlegensten Gebieten zu unterstützen und Lebensmittel- und Hygienesets an die am meisten gefährdeten Menschen zu verteilen.

Vierundsechzig Rotkreuz-Freiwillige des Provinzkomitees von Nord-Kivu wurden am Samstagabend mobilisiert, um Hilfsmassnahmen für die Opfer durchzuführen (Verteilung von Wasser, Erste Hilfe) und die Familienbeziehungen wiederherzustellen.

Schutz

- Mit technischer und logistischer Unterstützung des IKRK schickt das RCDC unbegleitete Kinder in verschiedene Aufnahmezentren und hat drei zusätzliche Kioske eingerichtet, um Anträge auf Familienzusammenführung zu sammeln und Familien zu begleiten.
- Das IKRK unterstützt das Don-Bosco-Zentrum und das Margherite-Zentrum, die seit dem 22. Mai Hunderte von unbegleiteten Kindern aufgenommen haben.

Gesundheit

- Das IKRK hält die chirurgischen Aktivitäten im Krankenhaus von Ndosho aufrecht. Es leistet dort Unterstützung, um den Zu-

Rachel Bernhard, Leiterin der IKRK-Delegation in der DRK.

Häuser zerstört und lebenswichtige Dienste unterbrochen

Mehr als 900 Häuser sind bereits zerstört worden. Die Wasser- und Stromversorgung ist in einigen Teilen der Stadt noch in Betrieb, aber es ist nicht klar, welche Versorgung es genau gibt. Die Lava hat das Hauptreservoir in der Stadt Goma schwer beschädigt. Es wird geschätzt, dass fast eine halbe Million Einwohner ohne Trinkwasser sind, und es besteht ein hohes Risiko von durch Wasser übertragenen Krankheiten wie Cholera. Diese prekäre Situation ist auch für die Tausenden von Menschen, die Goma verlassen mussten, zu berücksichtigen.

«Wir tun alles, was wir können, um die vielen Herausforderungen zu meistern, die mit dieser sich ständig verändernden Situation verbunden sind, und respektieren dabei die Sicherheitsvorschriften. Einige unserer Teams bewegen sich mit der Bevölkerung, andere reparieren das Reservoir oder erleichtern die Wasserversorgung per Tankwagen zu den Krankenhäusern und dem Gefängnis von Goma», sagt Rachel Bernhard.

Darüber hinaus müssen die medizinischen Strukturen unterstützt werden, um die Kontinuität der Versorgung zu gewährleisten, insbesondere in den primären Gesundheitszentren. Im Ndosho-Krankenhaus kümmert sich das medizinische Team des IKRK weiterhin um Schussverletzte aus der gesamten Provinz Nord-Kivu. Sekundäre Gesundheitseinrichtungen erhielten Unterstützung, um die Versorgung mit Strom, Wasser und Medikamenten aufrechtzuerhalten.

Quelle: Pressemitteilung vom 28. Mai 2021 <https://www.icrc.org/en/document/dr-congo-population-goma-flees-volcanos-menace-major-humanitarian-crisis-looms>

Die Bevölkerung hätte rechtzeitig gewarnt werden können

ef. Bereits im März 2021 hatten Forscher der Vulkanbeobachtungsstelle in Goma (OVG) gewarnt, dass es zu einem erneuten Ausbruch kommen könnte, wie Reuters berichtete.

«Wenn wir nicht regelmässig Messungen durchführen und den Ausbruch ein paar Tage vorher ankündigen, wird die Bevölkerung keine Zeit haben, sich zu evakuieren, und die Menschen werden sterben», hatte Honore Ciraba, einer der Vulkanologen, Reuters gesagt.

Hintergrund

Bis 2014 hatten die Schweiz und die EU das Observatorium über viele Jahre mit insgesamt 3,5 Millionen Euro unterstützt.

Im April 2020 war das vierjährige Finanzierungsprogramm der Weltbank über 2 Millionen Dollar nicht mehr verlängert worden, mit der Begründung, dass es dem OVG «an Erfahrung mangelte und es Schwächen bei der Umsetzung eines solchen Zuschusses gab». Sie fügte hinzu, dass sie die Vorwürfe der Bestechung nicht überprüfen konnte.

Seitdem haben die Vulkanologen Schwierigkeiten, regelmässig grundlegende Kontrollen durchzuführen. Ohne Unterstützung sei es ihnen nicht möglich, eine Internetverbindung für den Betrieb von Fernsensoren und das Benzin für den Transport der Forscher zum Vulkan zu bezahlen.

«Nach US-Rückzug: Wird Afghanistan ...»
Fortsetzung von Seite 7

¹⁹ vgl. Carstens, Peter. Eine Abschiedsfeier ist nicht geplant. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 24.4.2021, S. 8; Rückkehr im Juli statt September In: «Süddeutsche Zeitung» vom 22.4.2021, S. 5

²⁰ vgl. Gerner, Martin. Das Geschäft mit der Sicherheit. In: «Der Tagesspiegel», 28.10.2010; Michelis, Helmut. Afghanistan – Krieg der Söldner. In: «Rheinische Post» vom 18.11.2010.: https://rp-online.de/politik/afghanistan-krieg-der-soeldner_aid-12561151

²¹ Heilig, René. Von Lügen getragen. In: «Neues Deutschland (ND)», Berlin vom 17.18.4.2021, S. 4

²² Dies sagte einmal treffend der US-amerikanische Schriftsteller Mark Twain.

²³ Bissinger, Manfred (Hrsg.). Stimmen gegen den Stillstand – Roman Herzogs «Berliner Rede» und 33 Antworten, 2. Aufl. Hamburg 1997, S. 28;

www.bundespraesident.de. (als Typoskript im Archiv des Verf.)

²⁴ Naumann, Klaus. In: «Deutschlandfunk-Interview vom 2.7.2009 (Typoskript)

²⁵ Vgl. Struck, Peter. Mögliches Einsatzgebiet ist die ganze Welt. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 14.1.2004, S. 1

²⁶ O-Ton Bundesverteidigungsminister Peter Struck: Themen des Tages, HR 1, 18.12.2003, 22:07 Uhr; O-Ton Peter Struck: Mittagsecho, WDR 5 vom 13.1.2004, 13:35 Uhr

²⁷ Prantl, Heribert. Krieg und Wahlkampf. In: «Süddeutsche Zeitung» vom 8.9.2009, S. 4

²⁸ Schwennicke, Christoph. Die Qual der alten Krieger. In: «Der Spiegel», Nr. 24/2010 vom 14.6.2010, S. 91

²⁹ Vgl. Brössler, Daniel. «Es ist nicht umsonst gewesen», In: «Süddeutsche Zeitung» vom 30.4.–2.5.2021, S. 10

³⁰ Vgl. Afghanistan-Einsatz kostete 12 Milliarden Euro, dpa vom 18.4.2021

³¹ Brössler, Daniel. «Es ist nicht umsonst gewesen». In: «Süddeutsche Zeitung» vom 30.4.–2.5.2021, S. 10

³² Maas sichert Afghanistan weitere Hilfe zu. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 30.4.2021, S. 1

³³ Brössler, Daniel. «Es ist nicht umsonst gewesen». In: «Süddeutsche Zeitung» vom 30.4.–2.5.2021, S. 10

³⁴ Gutschker, Thomas. u.a. Augen zu und raus, in: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 15.4.2021, S. 3

³⁵ Meier, Christian. Was wollen die Taliban? In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 30.4.2021, S. 3

³⁶ Wetzel, Hubert. Verwundete Seele. In: «Süddeutsche Zeitung» vom 19.4.2021, S. 4

³⁷ Gutschker, Thomas. u.a. Augen zu und raus. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 15.4.2021, S. 3

³⁸ Vgl. Matern, Tobias. Die Truppen gehen, die Angst bleibt. In: «Süddeutsche Zeitung» vom 19.4.2021, S. 7

³⁹ Viele, Jan. Ein Trauerfall. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 17.4.2021, S. 11

⁴⁰ Viele, Jan. Ein Trauerfall. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 17.4.2021, S. 11

⁴¹ «Skånska Dagbladet», Malmö, Schweden vom 10.5.2021

⁴² Brössler, Daniel. Wenn einer geht, gehen alle. In: «Süddeutsche Zeitung» vom 15.4.2021, S. 7

⁴³ Matern, Tobias. Der Krieg bleibt. In: «Süddeutsche Zeitung» vom 15.4.2021, S. 4

⁴⁴ Frankenberger, Klaus-Dieter: Nach zwanzig Jahren. In: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 15.4.2021, S. 1

⁴⁵ Matern, Tobias. Schadensbegrenzung. In: «Süddeutsche Zeitung» vom 30.3.2021, S. 4

⁴⁶ Bernal, John Desmond. Die soziale Funktion der Wissenschaft. Köln 1986, S. 408